

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

21 (27.5.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 4 / Nr. 21

Mannheim, 27. Mai 1949

Preis 15 Pfg.

Aus dem Inhalt:

- Können wir der wachsenden Arbeitslosigkeit steuern?
- Ein Notschrei gequälter Menschen
- Das Schicksal unserer Alten
- Dunkelkammerpolitik der badischen Schulverwaltung
- Zwangshehe der Eier
- General und Gewerkschaftsführer
- Polemik, die daneben ging
- „Es wird nur der Rückwärtsgang funktionieren“
- Höhlenbewohner und Unternährte
- Aus Evas Tagebuch

Paris unter dem Störungsfeuer der Friedensfeinde

Eröffnung der Außenministerkonferenz — Bonner und Westberliner Querschüsse — Ein verhängnisvolles Spiel gegen die Verständigung, die das deutsche Volk bezahlen muß

Die Konferenz der Außenminister der vier Großmächte in Paris hat begonnen. Das zentrale Behandlungsproblem ist Deutschland. Es ist unverkennbar, daß die Atmosphäre dieser Konferenz sich von der ihrer Vorgängerinnen wohltuend abhebt. Als äußeren Ausdruck dieser Tatsache dürfte die reibungslose Annahme der vorgeschlagenen Tagesordnung angesehen werden.

Ob die Konferenz bereits letzte Entscheidungen über die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands, Abzug der Besatzungsmächte, Lösung des Berliner Problems und der Währungsfrage bringen und damit die Voraussetzung für einen Friedensvertrag für Deutschland schaffen wird, sei dahingestellt. Alles spricht jedoch dafür, daß man auf dem Wege der Verständigung vorankommen wird. Ein teilweiser Abbau des „Kalten Krieges“ erscheint wahrscheinlich.

Es wäre verkehrt, anzunehmen, daß eine internationale Verständigung zwischen Ost und West ungeteilten Beifall aller politischen Kreise in den Hauptstädten des Westens finden wird. Die Vorbereitung der Konferenz in Paris wurde durch mehr als ein Torpedo beschossen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß es während des Verlaufes der Konferenz zu Versuchen kommen wird, den Weg der Verständigung erneut mit Hindernissen zu versehen. Die Hoffnung besteht, daß sie überwunden werden.

Der Teil der öffentlichen Meinungsfabriken des Westens, der den erfolgreichen Verlauf der Pariser Konferenz von einer einseitigen Kompromißbereitschaft der Sowjetunion abhängig machen möchte, ist schiefliegend. Er verkennt die Voraussetzungen, die zu seiner eigenen Überraschung zum Zustandekommen der Pariser Viererkonferenz geführt haben. Diese Presse ist bereit, jede Torpedierung der Außenministerkonferenz mit Freude zu begrüßen und auszusprechen.

Die Bonner Politiker Westdeutschlands sehen auch in letzter Minute noch nicht, worin das deutsche Erfordernis für die Außenministerkonferenz besteht. Mit großem Pöbel wurde das Grundgesetz in Bonn als rechtskräftig verkündet, dabei vergessen, daß dieses durch noch so große Feierlichkeiten in seinem Wert für Paris nicht gewinnen kann, nachdem die Furcht vor einer Volksabstimmung nicht zu verheimlichen ist.

Der zu keiner Zeit von deutschen Völkern legitimierte Parlamentarische Rat in Bonn

löste sich nicht auf. Die Einsetzung des Beratungsausschusses für die Pariser Außenministerkonferenz dokumentierte erneut den Willen der Bonner Separatstaatspolitiker, nicht zu einer einheitlichen Vertretung für Gesamtdeutschland durch Verständigung mit dem Volksrat der Ostzone zu kommen. Darin liegt die große Gefahr für das deutsche Volk, Objekt, Werkzeug zu bleiben, wo ein eigener Wille, wo Einheitlichkeit im Auftreten gegenüber Paris allein uns Gewicht verleihen könnte. Das Festhalten an einer geteilten deutschen Delegation in Paris ist das Reservat der Bonner Separatstaatspolitiker, um gegebenenfalls zu einer einseitigen Festlegung Westdeutschlands auch in Paris zu kommen, nachdem das bis-

her schon die Praxis einer geübten Unterwürfigkeit gewesen ist. Dr. Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rates, kann diese Situation und die eigene Schuld nicht damit vor den Augen der Öffentlichkeit vernebeln, daß er erklärt: „Durch Kräfte, die stärker sind als der Wille des deutschen Volkes, ist es auch heute unmöglich, daß ganz Deutschland zu einem Staate wird.“ Daß sie nicht wollen und nicht wollen dürfen, daß sie — nur in diesem Punkte — von den westlichen Besatzungsmächten die Macht geliehen bekommen, dem Willen des deutschen Volkes nach einem einigen Deutschland Hohn zu sprechen, kann vor der Geschichte nicht verleugnet werden.

In den Westzonen ist Nurverhandeln zur zweiten Natur sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer geworden, ganz gleich, wie die Dinge liegen. Die gewerkschaftspaltenden UGO-Führer haben an die Stelle von Verhandlungen den Streik an den Anfang zu bereinigender Fragen gestellt. Die Eisenbahnverwaltung Berlins hat sich bereit erklärt, 60 Prozent der Löhne in Westmark zu bezahlen, wenn eine Voraussetzung erfüllt wird, die noch nicht besteht, und bei der wohlmeinend, sie zu erfüllen, die drei Militärkommandanten der westlichen Besatzungsmächte ein Wort mitzusprechen haben. Sie muß Westmark einnehmen können, weshalb für sie die Notwendigkeit besteht, gleichzeitig mit der Lohnzahlung

Gegen einen Hungerlohn aufzubegehren ist ein Recht, das wir nicht nur jedem Arbeiter zubilligen, sondern, wo wir ihn selbst

auffordern, es geltend zu machen. Daß in Berlin objektive Schwierigkeiten bestehen, die eben in der Spaltung ihre Ursache haben, kann nur Böswilligkeit ignorieren. Daß die zentrale Eisenbahnverwaltung ihren Sitz in der Ostzone hat und nur mit dem zahlen kann, was sie einnimmt, läßt sich nicht bestreiten. Daraus resultierte, daß sie mit Ostzonenwährung zahlen mußte, wenn gleich sie selbst das Unmögliche des bestehenden Zustandes erkannte.

Die Eisenbahnverwaltung Berlins hat sich bereit erklärt, 60 Prozent der Löhne in Westmark zu bezahlen, wenn eine Voraussetzung erfüllt wird, die noch nicht besteht, und bei der wohlmeinend, sie zu erfüllen, die drei Militärkommandanten der westlichen Besatzungsmächte ein Wort mitzusprechen haben. Sie muß Westmark einnehmen können, weshalb für sie die Notwendigkeit besteht, gleichzeitig mit der Lohnzahlung

in Westmark, Fahrkarten und Gütertarife in Westberlin in Westmark erheben zu können. Die Drahtzieher der UGO, die den Streik provozierten, taten es in kalter Berechnung, daß zu diesem Zeitpunkt die zentrale Eisenbahnverwaltung, auch wenn sie wollte, gar nicht in der Lage gewesen wäre, in Westmark zu zahlen. Man will Unruhe, man will Zwischenfälle, man will, daß in den Szenen gegenseitiger Auseinandersetzungen der Hintergrund nicht erkannt wird. Warum die Drahtzieher eine solche Situation brauchen? Mit Provokationen soll das Bild einer vergrößerten Berliner Bevölkerung im internationalen Rahmen und in den Westzonen vorgetauscht werden. Täusche man sich nicht! Auch in den Westzonen wird dieses Spiel mehr und mehr durchschaut und wird nicht vergessen, daß das Wort, „wir müssen die Zeche bezahlen“, nicht nur einen abstrakten, sondern einen recht handgreiflichen Sinn hat. Zusammen mit der Nachricht dieser beschämenden Berliner Ergebnisse erreicht uns die Meldung von der Verlängerung des Berliner Notopfers. Der Arbeitsmann in Westdeutschland finanziert das Berliner Intrigen- und Hasardspiel.

—ym—

Berliner Streik eine gewissenlose Provokation

Torpedo gegen die Pariser Verständigungsbereitschaft — Westdeutsche Bevölkerung zahlt Berliner Hasardspiel

Das Bonner Grundgesetz ist als Faustpfand für die Westmächte zur Pariser Viererkonferenz in Ueberstürzung geschaffen worden. Man wird des Eindrucks nicht los, daß die, die es auszuspähen gedenken, kein allzu großes Vertrauen in seinem Wert haben. Sie suchen nach weiteren „Trümpfen“. Westberlin ist das Feld, auf dem für Deutschland offensichtlich erneut unheilvolle Tatsachen geschaffen werden sollen. Der Westberliner Streik der Eisenbahner, von der UGO organisiert, soll der Pariser Außenministerkonferenz die neue „Berliner Realität“ präsentieren.

Man geht in diesem Spiel sehr weit. Unwillkürlich wird man an die Danziger Tage des Hitlerreiches erinnert. Wenn Berlin nicht zu einem zweiten Danzig wird, dann nicht deshalb, weil die Drahtzieher der provokierten Berliner Ereignisse nicht skrupelloses genug wären, den Weg bis zum letzten Ende zu gehen, sondern allein nur deshalb, weil es ihnen an der nötigen Macht gebricht und die Westmächte nicht ernstlich ernstungslos in die Katastrophe zu taumeln.

Gegen einen Hungerlohn aufzubegehren ist ein Recht, das wir nicht nur jedem Arbeiter zubilligen, sondern, wo wir ihn selbst

auffordern, es geltend zu machen. Daß in Berlin objektive Schwierigkeiten bestehen, die eben in der Spaltung ihre Ursache haben, kann nur Böswilligkeit ignorieren. Daß die zentrale Eisenbahnverwaltung ihren Sitz in der Ostzone hat und nur mit dem zahlen kann, was sie einnimmt, läßt sich nicht bestreiten. Daraus resultierte, daß sie mit Ostzonenwährung zahlen mußte, wenn gleich sie selbst das Unmögliche des bestehenden Zustandes erkannte.

In den Westzonen ist Nurverhandeln zur zweiten Natur sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer geworden, ganz gleich, wie die Dinge liegen. Die gewerkschaftspaltenden UGO-Führer haben an die Stelle von Verhandlungen den Streik an den Anfang zu bereinigender Fragen gestellt.

Die Eisenbahnverwaltung Berlins hat sich bereit erklärt, 60 Prozent der Löhne in Westmark zu bezahlen, wenn eine Voraussetzung erfüllt wird, die noch nicht besteht, und bei der wohlmeinend, sie zu erfüllen, die drei Militärkommandanten der westlichen Besatzungsmächte ein Wort mitzusprechen haben. Sie muß Westmark einnehmen können, weshalb für sie die Notwendigkeit besteht, gleichzeitig mit der Lohnzahlung

Britische Militärregierung verbot gesamtdeutsche Besprechung

Hannoveraner Konferenz mußte nach dem Referat des CDU-Generalsekretärs Dertinger abgebrochen werden. Eine Illustration der Freiheit der Deutschen.

Die Gesamtdeutsche Konferenz in Hannover, die auf den letzten Freitag durch die „Aktionsgemeinschaft der Deutschen Jugend für ein einiges Deutschland“ einberufen worden war, wurde nach anderthalbstündiger Dauer aufgelöst. Der Versammlungsleiter war durch die britische Militärregierung verboten worden, daß sie verboten ist. In dem Schreiben war betont, daß sich das Verbot nicht nur auf die Versammlung der Aktionsgemeinschaft der Jugend beziehe, sondern auch auf alle anderen Parteien, einschließlich der KPD, wenn diese ihre Lizenz zur Verfügung stellen würden.

Die kurze Konferenz hatte der Volksrat-delegierte Matern vor Politikern und Wirtschaftlern aus allen Zonen eröffnet. Der Generalsekretär der Ostzonen-CDU hatte in seinem kurzen Referat auf die große Gefahr des Auseinanderlebens der deutschen Bevölkerung hingewiesen. Aus seiner Rede halten wir fest: „Es ist die Aufgabe aller gesamtdeutschen Zusammenkünfte, festzustellen, welche gemeinsame Erkenntnisse zwischen Ost und West noch bestehen und was wir im Namen unseres Volkes den Alliierten

in Paris zu sagen haben, wie wir es sagen können und wer es sagen soll. Wir sind nach Hannover gekommen, um in einem gemeinsamen Gespräch, um gemeinsamen Erkenntnis zum gemeinsamen Handeln zu kommen.“

Zu dem Auflösungsdekret der britischen Militärregierung erklärte ein Konferenzteilnehmer: während in den Landtagen der Drizone die nach den Londoner Befehlen im Parlamentarischen Rat in Bonn ausgearbeitete Verfassung für einen separaten westdeutschen Staat angenommen werden muß, wird den deutschen Staatsbürgern verboten, sich zu versammeln, um über die Frage der deutschen Einheit zu beraten und Vorschläge anzulegen, wie die deutschen Auffassungen gegenüber der Pariser Außenministerkonferenz vertreten werden können. Artikel 8 der Bonner Verfas-

sung lautet: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“ Unter dem Beifall der Konferenzteilnehmer stellte er die Frage, ob damit auch geistige Waffen gemeint seien.

von Machui aus der SPD ausgeschlossen

Das Mitglied der Verwaltung für Landwirtschaft und Forsten, von Machui (SPD), das teilgenommen hat an der Ost-West-Konferenz in Hannover, ist mit sofortiger Wirkung aus der SPD ausgeschlossen worden. Als Grund gab die Parteileitung an, daß „die aktive Teilnahme Machuis an der Aussprache zwischen ost- und westdeutschen Politikern“ in Hannover sie dazu zwingt.

Die Kuomintang pfeift aus dem letzten Loch

Nationalchina vor seinem Ende — Letzte Szene des Schlußaktes

Fächerförmig, in für China unvorstellbarer Schnelle, breiten sich die kommunistischen Armeen gegen Süden, Osten und Westen des Landes aus. Eine Erfolgsmeldung jagt die andere. Im Süden wurde die Grenze der Provinz Hunan, der „Reichsschlüssel Chinas“ erreicht. Insgesamt sind südlich des Jangtse, in den wenigen Wochen nach seiner Ueberschreitung durch kommunistische Armeen, 102 Großstädte erobert worden. Drei Armeegruppen befinden sich in schnellem Vormarsch auf die Stadt Kanton, dem wichtigsten südchinesischen Verkehrs- und Handelszentrum.

Sian, die Hauptstadt der Provinz Schensi ist eingenommen worden. Aus der Provinz Jünnan wird der Anmarsch starker kommunistischer Streitkräfte auf die burmesische Grenze gemeldet.

In Shanghai wird der Einschließungsring immer enger. Der „Bund“, die große Verkehrsader der Sechsmillionen-Stadt, ist in den Bereich der Kampfhandlungen einbezogen worden. Ein riesiges Munitionslager floh in die Luft und die Oeltanks der ausländischen Kapitalisten stehen in Flammen.

Auf dem einzig noch verbliebenen Flugplatz der Kuomintang im Norden Schanghais stehen die Maschinen zur Flucht für die „hohen Führer“ bereit.

Schanghai gleicht Berlin in der Schlußphase des Kampfes der Alliierten um Deutschland. Die Sinnlosigkeit weiteren Widerstandes der Kuomintang liegt auf der Hand. Er bedeutet nur noch Vernichtung von Menschenleben und Zerstörung, ohne daß noch etwas an dem Ausgang des

Kampfes um China zu ändern ist. Ganz China gehört der chinesischen Revolution! Wir stehen in der letzten Szene ihres Schlußaktes!

Ausschluß aus der Labour-Party

Seit das Regime des Marshall-Planes und des Atlantikpaktes in England regiert, haben Abgeordnete der Labour-Party nicht mehr das Recht, sich für Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion auszusprechen. Der Abgeordnete Platts - Mills wurde schon vor einiger Zeit als Freund der Sowjetunion aus der Partei ausgeschlossen. Nun folgte der Ausschluß der Abgeordneten Zilliacus und Solley. Der lange angestaute Haß der Parteiführung gegen Zilliacus kochte über, als er am Weltfriedenskongreß in Paris teilnahm. Offiziell wurde ihm vorgeworfen, daß er im Unterhaus gegen die Ratifizierung des Atlantikpaktes stimmte. Solleys „Sündenfall“ besteht darin, daß er gegen die Zustimmung Englands zum ERP gestimmt und erklärt hat, daß auch er Nein zum Atlantikpakt gesagt hätte, wenn er bei der Abstimmung anwesend gewesen wäre.

Nicht Platts-Mills, Zilliacus und Solley haben das Programm der Labour-Party gebrochen, mit dem diese im Wahlkampf 1945 an die Öffentlichkeit trat. Es waren die Minister Bevin, Attlee, Cripps und Strachey, die von den Zielen abwichen, die sie damals verkündeten: Von der Zusammenarbeit innerhalb der UN und von der Freundschaft mit der Sowjetunion. Somit sind Zilliacus und Solley dafür ausgeschlossen worden, daß sie dem Wahlprogramm der Labour-Party treu blieben.

Erneute Gefahr für Max Reimann

Einer Meldung der „Times“ zufolge wird in Frankfurt erneut die Verhaftung Max Reimanns nach Verabschiedung des Parlamentarischen Rates diskutiert.

Max Reimann, der im Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands mit an der Spitze steht und dabei den Spalt zwischen Deutschlands die Maske vom Gesicht riß, wurde bekanntlich von einem britischen Militärgericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Einer breiten Protestbewegung gegen dieses Urteil folgte seine Haftentlassung, damit er sein Mandat als Abgeordneter des Parlamentarischen Rates erfüllen konnte. Der grundsätzliche Kampf gegen das Düsseldorfer Urteil, das die Kritik an deutschen Politikern, die an der Durchführung des Ruhrstatus mitarbeiten und einen westdeutschen Staat wollen, verbietet, muß erneut aufgenommen werden. Alle, die die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands erstreben, müssen auch die Aufhebung des Urteils gegen Max Reimann erkämpfen helfen.

Im Streiflicht gesehen

1 Million Landarbeiter im Streik
Der vom Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbund ausgetretene Streik der italienischen Landarbeiter erfaßt rund 1 Million Arbeiter. Der Streik war aufgerufen worden, nachdem die Lohnverhandlungen gescheitert waren. Der Streik dauert bereits schon eine Woche.

Am vergangenen Samstag wurde in Mailand zur Unterstützung der Landarbeiter ein zweitägiger Generalstreik durchgeführt.

Einen 24-stündigen Streik führten die Angestellten des italienischen Finanzministeriums am Donnerstag in ganz Italien durch, um eine Erhöhung ihrer Sonderzulagen durchzusetzen.

Bis zu 8 Milliarden Besatzungskosten
Für die Besatzungskosten und Besatzungsfolgekosten sind in den ordentlichen Haushaltsvoranschlägen der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes insgesamt 4 144 000 000 DM eingesetzt. Darin sind nicht enthalten die Gelder, die die Bizone direkt für das Zweimächtekontrollamt aufbringen muß, und nicht die Besatzungskosten, die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu leisten sind. Es existieren darüber keine Aufstellungen, doch muß man die Leistungen mit etwa weiteren 2 Milliarden veranschlagen. In den Ziffern sind die Besatzungskosten der französischen und russischen Zone nicht enthalten. Finanzschwerstündige schätzen die Gesamtbesatzungskosten der Westzonen für das Rechnungsjahr 1949 auf 7,5 bis 8 Milliarden DM.

13 Gestapoangehörige zum Tode verurteilt
Acht frühere Angehörige der Gestapo und fünf Agenten der ehemaligen „Deutschen Wehr“ wurden in Paris zum Tode verurteilt.

Deutsche Europa-Union
Auf dem ersten ordentlichen Kongreß der Europa-Union Deutschlands in Hamburg wurde Dr. Eugen Kogon zum Präsidenten, Professor Carlo Schmidt und Dr. Spicker zu Vizepräsidenten gewählt. Dem Präsidium gehört auch der Oberbürgermeister von Mannheim, Dr. Cahn-Garnier an.

Rauschgiftändler in Karlsruhe verhaftet
Mehrere Rauschgiftändler wurden in Karlsruhe verhaftet. Sie handelten mit Coffein, Opium und Heroin.

Noch ein Verbündeter!
Die deutschen und ausländischen Gegner eines Abzuges der Besatzungsmächte aus Deutschland haben Zuzug erhalten. General de Gaulle warnt vor einer Räumung Deutschlands durch die Besatzungstruppen.

Steigender Kohlenexport
Im 1. Quartal 1949 ist die Ausfuhr an Steinkohlen in der Doppelzone auf über 3,9 Millionen Tonnen angestiegen. Es sei dabei daran erinnert, daß wir für unsere ausgeführte Kohle nur DM erhalten, dagegen aber für die Kohleneinfuhr — das gibt es — Devisen zahlen müssen.

Hohe Kommissare für Deutschland ernannt
Zum Hohen Kommissar der USA in Deutschland wurde der bisherige Präsident der Weltbank, McCloy, ernannt. Die Franzosen bestimmten als Hohen Kommissar Francois Poncet, der bisher Berater General König und in früheren Jahren französischer Botschafter in Deutschland gewesen ist.



Polemik, die daneben ging

Der Sinn von Rapallo: Geist und Notwendigkeit unserer Zeit erkennen!

Das geschichtlich tief einschneidende Ereignis des zwischen der Sowjetunion und der Weimarer Republik nach Ende des ersten Weltkrieges abgeschlossenen Rapallovertrages erscheint heute oft in einer schiefen und verzerrten Darstellung. Die gegen eine Wiedererhebung des „Geistes von Rapallo“ polemisieren, unterschreiben diesem etwas, was er geschichtlich und was er in seiner Auswirkung nicht war. Rapallo bedeutete nicht, daß Deutschland in die Lage versetzt wurde, den Osten oder den Westen als „Zünglein an der Waage“ zu dirigieren oder, in einem anderen Bild ausgedrückt, in das eine oder andere Wasserglas jeweils den Tropfen tun zu können, der je nach Bedarf eines der Gläser zum Überlaufen bringen konnte. Wenn der „Geist von Rapallo“ in diesem Bestreben des heutigen Deutschland bestünde, hätten alle die Rechte, die in ihm ein Gespenst sehen, das nicht anders als abergläubische Einbildung zu werten wäre. Die dem „Geist von Rapallo“ die Rolle Deutschlands als „Zünglein an der Waage“ unterstellen, tun sich leicht, dann dagegen zu argumentieren. Es ist einleuchtend, auf Grund der nun einmal für Deutschland nach dem Ausgang des zweiten Weltkrieges gegebenen Situation diese Rolle zu verneinen und mit Worten abzutun; — (Dr. Ackermann im „Mannheimer Morgen“: „finden wir das einfach kindisch“, oder: „die Rapalisten sind eine hoffnungslos vorstufliche Menhengattung und man muß sie neben als Tote ihre Taten begraben lassen.“) Nur, daß dabei das Begraben wird, was als geschichtliche Verzerrung und Einbildung existiert. Der Geist von Rapallo bestand ja eben darin, daß man in jener geschichtlichen Situation nicht Phantastereien anhing, nicht Ideologien zuliebe das ignorierte, was an Realitäten für Deutschland gegeben war, kurz gesagt, man in einer harten Situation ohne Ressentiments das Lebensnotwendige für Deutschland suchte und auch fand. Der Schlußsatz des Artikels, aus dem wir von Dr. Ackermann zitierten — ein Stück Ironie — drückt eigentlich aus, was letztlich der Geist von Rapallo, seine Wiedergeburt, bedeutet. „Uns Lebenden aber geziemt es, den Geist unserer Zeit zu begreifen“. Eben das! Die Bedeutung Rapallos in der deutschen wie in der russischen Geschichte bestand darin, die weltpolitische und diplomatische Isolierung der Weimarer Republik und der jungen Sowjetunion gebrochen zu haben. Darüber hinaus die Entscheidung Deutschlands, wirtschaftlicher Notwendigkeit folgend, unter Außerachtlassung des ideologischen und kriegerischen Kreuzzuges Churchills, Handelswege nach dem Osten geöffnet zu haben. In Rapallo wurde getan, was getan werden mußte, um Deutschland als Objekt einer Politik, die das Versäler Friedensdiktat zum Paten hatte, zu entleeren.

Ein heutiges Rapallo, das dem Sinne nach dem geschichtlichen entspricht, braucht der Weltmacht Sowjetunion keine Tore zu öffnen, um es diplomatisch und politisch tragfähig zu machen. Es ist aber lächerlich, weil diese Parallele nicht mehr besteht, gegen den „Geist von Rapallo“ zu Felde zu ziehen.

Die Forderung, die deutschen Politiker mögen in ihrem Tun gegenüber dem Ausland sich nach den Tatsachen und nicht nach Ideologien richten und mögen Ressentiments fallen lassen, hat wahrlich Sinn. Ebenso: Sie sollen erkennen, daß das bedingungslose An-den-Hals-werten, ganz gleich welcher Besatzungsmacht, nicht mit dem deutschen Interesse gleichzusetzen ist. Wer nur Objekt sein will, der wird nie Subjekt des Geschehens werden.

Die Anderen, die in Deutschland das Wiederstehen des „Geistes von Rapallo“ so fürchten, haben besser begriffen, worin er heute für uns bestehen könnte. Sie wissen genau, daß ungefähr 75 Prozent des deutschen Außenhandels ehemals nach dem Osten und Südosten ging. Sie wissen ebenso genau, daß sie uns den Ausfall dieser Absatzmärkte nicht ersetzen können und nicht gehen wollen, obwohl wir sie dringender nötig haben, als je zuvor. Sie machen sich kein X für ein U vor, daß der „planlose Marshallplan“ sich in der Krise befindet. Baruch, einer der Gewaltigen des amerikanischen Kapitals, reist nach Moskau, um Handelsverbindungen anzuknüpfen. Er tut dies unabhängig davon, daß für ihn sonst in der Politik der „Kalte Krieg“ eine Selbstverständlichkeit und der Kommunismus der Weltfeind ist. Er tut es und ist sicher nicht ohne Schadenfreude, daß es Deutschland und Westeuropa noch nicht tun konnten, weil sie politisch bereits allzusehr in Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital und dessen Politik geraten sind, und von ihren Augen die Binde „Antikommunismus“ nun nicht mehr entfernen dürfen.

„Es wird nur der Rückwärtsgang funktionieren“

Grundgesetz gegen die Kommunisten angenommen — Gen. Leibbrand: „Wir wollen keinen verkrüppelten Teilstaat“

Das Bonner Grundgesetz ist in allen Landtagen Westdeutschlands, mit Ausnahme Bayerns, gegen die Stimmen der Kommunistischen Fraktionen der Landtage hatten Volksabstimmung über das Grundgesetz beantragt. Einer Volksabstimmung wagte man das Grundgesetz nicht auszusetzen, weil man daran zweifelte, eine Mehrheit zu bekommen.

Genosse Leibbrand erklärte im württembergisch-badischen Landtag: „Wenn das Volk die Möglichkeit hätte, sich frei und uneingeschränkt über die Tragweite des Grundgesetzes zu informieren und darüber entscheiden könnte, würde es das Grundgesetz ablehnen. Sie können aber sicher sein“, wandte sich Genosse Leibbrand an die Abgeordneten, „daß das Volk früher oder später auch unfragt sehr deutlich seine Meinung sagen und mit den Kommunisten fordern wird: Wir wollen keine westdeutsche Separatverfassung! Wir wollen keinen verkrüppelten westdeutschen Teilstaat, der einseitig an den Westblock gebunden und zu ewiger Abhängigkeit von den Westmächten verurteilt ist. Wir wollen den Zusammenschluß aller vier Zonen zu einer einzigen demokratischen Republik, die im Rahmen eines gerechten Friedensvertrages die Unabhängigkeit und Selbständigkeit besitzt, nach West und Ost freundschaftliche Beziehungen und ungehinderten wirtschaftlichen Austausch zu pflegen.“

Genosse Leibbrand beleuchtete den Hintergrund, der zur überstürzten Durchpeitschung und Annahme des Grundgesetzes führte. Für den Zusammentritt der Außenminister in Paris sollen vollendete Tatsachen geschaffen und die Verhandlungen erschwert werden. Er befaßte sich nochmals eingehend mit den entscheidenden Punkten über die Grundrechte der Separatverfassung, um nachzuweisen, daß die entscheidenden Bestimmungen über soziale Rechte fehlen.

Die politische Gleichberechtigung der Staatsbürger bleibe unwirksam, wenn daneben kleinen Minderheiten große wirtschaftliche Macht in ihren Händen konzentriert bleiben könnten. Daher sei in alle nach 1945 geschaffenen Länderverfassungen mit Zustimmung aller Parteien neben den politischen auch die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte aufgenommen worden, wie das Recht auf Arbeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf Achtstundentag, Mindesturlaub, Arbeits-, Kinder- und Jugendschutz, Bestimmungen gegen Monopolbildungen und zur Überführung der Grundindustrien in Gemeineigentum und nicht zuletzt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft. Diese Verfassungsartikel hätten vor allen anderen das Interesse der Bevölkerung gefunden. Als das Betriebsrätegesetz in seinen wichtigsten Bestimmungen von der Militärregierung suspendiert wurde, sei das mit der Begründung geschehen, daß diese Fragen nur einheitlich für alle Länder geregelt werden könnten. Das Grundgesetz aber enthalte kein Wort vom Mitbestimmungsrecht und so gut wie nichts von den sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten. Dagegen habe

man darin Platz gefunden für die verfassungswidrliche Verankerung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen, wofür die schaffende Jugend, die im Grundgesetz kein Wort über den Jugend-Arbeitsschutz finde, sicher besonders dankbar sein werde.“

Zur CDU gewandt, führte Genosse Leibbrand aus: „Bei der Beratung der württembergisch-badischen Verfassung hat ein CDU-Abgeordneter zur Begründung seines Vorschlags einer zweiten Kammer gesagt, ein gutkonstruiertes Fahrzeug müsse auch eine Bremse haben —, womit er eben die zweite Kammer meinte. Um bei diesem Bild zu bleiben, muß ich schon sagen, daß das Bonner Vehikel mehr Bremsen als Räder hat. Es wird bestimmt weder billig noch schnell fahren und funktionieren wird aller Voraussicht nach nur sein Rückwärtsgang.“

Das Faustpfand für Paris

In einer Schlußbemerkung zur Debatte sagte Genosse Nuding, in Bonn habe man ein Kompromiß abgeschlossen, das in Paris als Faustpfand verwendet werde, um eine Einigkeit zu erschweren. Wenn die DVP zu einer Aussprache bereit wäre (DVP-Abgeordneter Hauffmann hatte davon gesprochen), dann sei es nunmehr höchste Zeit dazu. Er habe aber den Eindruck, man habe Angst davor, weil die westlichen Besatzungsmächte dies nicht gern sehen würden und man ihren Befehlen folge. Die Feststellung des Landtagspräsidenten Keil, „ein Abgeordneter dieses hohen Hauses habe keine Angst“, löste einen allgemeinen Heiterkeitsturm aus.

Randbemerkungen

In den Haaren liegen sich beide

Der Parlamentarische Rat nämlich und die hochansehnlichen Herren „Länderchefs“. Der Drang, unter der Oberaufsicht „Hoher Kommissare“ Bundespräsident oder wenigstens Bundesminister spielen zu dürfen, hat in der Schlußphase der Bonner „Räteherrschaft“ absonderliche Blüten getrieben, und wie beim altgriechischen Theater dem Trauerspiel die Komödie folgte, so ist das Bonner Verfassungstheater auch durch ein peinlich-amüsantes Satyrspiel beendet worden. Nachdem die Meinungsforscher bereits durch eine Umfrage nach dem aussichtsreichsten Bundespräsident-Kandidaten die Sache gestartet hatten — wobei übrigens auch Finanzexperte und Spruchkammer-Verschlepper Hjalmar Schacht mit 1 Prozent Chancen paradierte —, war es für die Antwort höchste Zeit, sich einen guten Start zu sichern. Deshalb organisierten sie sich in einem „Ueberleitungsausschuß“, der für die Zeit bis nach den Wahlen die schwere Bürde einer vorläufigen Regierung auf sich nehmen wollte. Daß Ratsvorsitzender Adenauer und Fraktionsführer Carlo Schmid mit dabei sein mußten, war doch klar. Aber in dem „Gremium“ der Herren Länderchefs, das schon lange mit wachsendem Unbehagen die Sonne seiner Popularität durch den Bonner parlamentarischen Schatten verdundelt sah, sitzen nun auch einige Herren, die noch lieber Bundespräsident als Ministerpräsident sein möchten, und sie sagten sich, daß jemand, der sich bereits in eine provisorische Regierung — genannt Ueberleitungsausschuß — hineingeschlangelt hat, es später leichter hat, wenn die endgültigen Bundespräsident- und Bundesministerstellen vergeben werden. Eine solche Schiebung beim Start muß also verhindert werden. Die Länderchefs lösten kurzerhand den Ueberleitungsausschuß auf und setzten sich selbst an seine Stelle. Daraufhin erhob sich ein bitterer Streit und die verhinderten Ueberleitungsgrößen griffen sogar ihre eigenen Parteigenossen-Länderchefs heftig an. Dr. Adenauer nannte in einer Pressekonferenz die Entscheidung der Länderchefs „unsinnig“, und Professor Carlo Schmid prophezeite „unangenehme Folgen“ und soll sogar von der „Einführung einer Vereinsmeierei der republikanischen Duodezfürsten“ gesprochen haben. Damit hat er ausnahmsweise einmal den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Wut der kassierten Ueberleitungsgrößen war aber ohnmächtig und die zu hoch hängenden Trauben wurden plötzlich sauer. Dr. Adenauer, der die Unsinnigkeit der Entscheidung der Länderchefs damit begründet hatte, daß der Ueberleitungsausschuß weniger repräsentativ als gesetzgebend sei, hat sich in Heidelberg, der Ausschuss habe „reine technische Funktionen, die mit Politik nichts zu tun hätten!“

Stolz weht die Flagge — sofort lieferbar in Bonn

Die so überraschend zu „provisorischen Bundeshauptstadtbürgern“ gewordenen Bonner sind eigentlich eher zu bedauern als zu beneiden. Sie können ihrer neuen Würde und Ehre nicht recht froh werden. Der Ueberrumpelungssieg, den Bonn über Frankfurt a. M. — also CDU über SPD — errungen hat, war kein Endsieg, und wenn die Bevölkerung Bonns bereits aufgedorrt wurde, am Tage der Schlußsitzung des Parlamentarischen Rates als Bürger der provisorischen Bundeshauptstadt zu beflaggen, und die geschäftstüchtigen Bonner Flaggenfabriken Inzerate brachten: „Deutsche Flaggen sofort lieferbar“, so war das doch recht voreilig in Anbetracht der Ankündigung der FDP, in der Schlußsitzung Bonns Wiederabsetzung als Bundeshauptstadt zu beantragen. Immerhin konnte man den wenigsten habmats Hügeln, was ja der ganzen Tragikomödie in Bonn auch am besten entsprechen würde. Uebrigens werden die Berliner sich über den Streit zwischen Bonn und Frankfurt a. M. um diese Art Berliner Notopfer ihre eigenen Gedanken machen.

Da niemand dafür ist — ist der Antrag angenommen!

Diese merkwürdige parlamentarische Doktrin wurde auf der letzten Sitzung des Landerrates geschaffen. Ministerpräsident Lüdemann (SPD) hatte beantragt, daß der Landerrat sein Veto gegen das Gesetz zur Freigabe der Schweine- und Schafpreise einlegen solle. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Aber auch der Antrag, der Landerrat möge dem Gesetz zustimmen, fand keine Annahme, da nur fünf Stimmen dafür waren. Trotz dieser eindeutigen Ablehnung erklärte der Landerratsvorsitzende in Bonn auch im Namen des Gesetzes, weil der Termin zur Stellungnahme abgelaufen sei und kein Veto eingeleitet worden sei. Das ist „Bekennernut!“ im Landerrat.

Die letzten Tage von Pompeji

Mit ahnungsvollem Entsetzen sehen die kapitalistischen Mächte den unaufhaltsamen Vormarsch der chinesischen Volksarmee. Von den beiden bisher noch gehaltenen Bastionen in China steht Schanghai vor dem Fall und auch Hongkongs Schicksal ist ungewiss, trotz der Truppenverstärkungen, die die Briten in aller Eile hineinwerfen. Was den Japanern 1942 gelang, wird dem revolutionären China erst recht möglich sein — falls die Briten es darauf ankommen lassen sollten. Der britische Soldat und Matrose würde sich umsonst verbrennen, um die 500 Millionen Pfund der britischen Kapitalisten, die in China mit so hohem Profit arbeiten, noch zu retten. Der Vorkurs geht unerträglich weiter: China, Burma, Indochina, Indonesien, Indien und so weiter... Argus

Aufschlußreiche Momentbilder aus dem Haushaltetat

Von 18 nur 3 nicht betroffen — „Vorbildliche Sparsamkeit“

Bei den Einzelberatungen des württembergisch-badischen Haushaltsplans wurde festgestellt, daß von 18 Beamten der Landesbeamtenstelle 15 sogenannte Mitläufer sind, während nur drei vom Gesetz 104 nicht betroffen sind. Die Landesbeamtenstelle wurde seinerzeit gegen den Willen aller Parteien auf Druck der Militärregierung geschaffen und sie hat über die Ernennung und Beförderung aller Beamten zu entscheiden, ohne daß eine Kontrolle oder Einflußnahme durch

den Landtag oder die Regierung möglich wäre. Die Kommunisten lehnen den für die Landesbeamtenstelle veranschlagten Ausgabenposten ab, trotzdem der Sprecher der Sozialdemokraten erklärte, es falle der SPD sehr schwer, zuzustimmen, gab sie ihre Einwilligung.

Für die Vertretung Württemberg-Badens bei der bizonalen Verwaltung in Frankfurt sieht der Staatshaushalt einen Betrag von

über 200 000 DM vor. Allein die Gehälter der vier dort befindlichen Beamten betragen 46 000 DM, wozu noch erhebliche Beträge an Aufwandsentschädigungen kommen. Die Kommunisten stimmten gegen diese Ausgaben. Ministerpräsident Maier erklärte, daß die Vertreter Württemberg-Badens in Frankfurt gegenüber denen der anderen Länder „geradezu vorbildlich sparsam“ seien. Wie mögen dann die Ausgaben für den gleichen Zweck bei den anderen Ländern aussehen?

Die soziale „Ersünde“

In einer Ansprache vor katholischen Arbeitern erklärte der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, daß soziale Probleme nie zu lösen seien, da die Menschheit sich nicht selbst aus der Erbsünde befreien könne. Wenn der Kardinal das soziale Problem für unlösbar hält, so sind wir darin anderer Meinung. Man kann nur hoffen, daß er dann wenigstens die Finger aus diesem Problem heraushält; da wäre schon viel geholfen.

Pressestimmen

Diplomatische „Bombe“ der SU
Die führenden Politiker der Atlantikpakt-Staaten fürchten sich davor, daß die Russen auf der Außenministerkonferenz nicht auf eine diplomatische Bombe verzichten werden, deren Auswirkungen nicht abzusehen wäre: „Das konkrete und genaue Angebot einer vollständigen Evakuierung Deutschlands durch die Besatzungsmächte...“

Der Sieg wäre für die Russen sehr groß, wenn dieser Vorschlag einfach angenommen würde. Aber er wäre von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachtet, ebenfalls sehr groß, wenn die Westmächte sich in die Enge getrieben sehen würden und die russischen Vorschläge auf Räumung Deutschlands einfach zurückweisen würden. Denn der wirkliche Sieger der Viermächtekonferenz wird derjenige sein, der die Sympathien und das Bündnis des fünften offiziell abwesenden Partners gewinnen wird, dessen plägende Anwesenheit man aber in jeder Minute fühlen kann, nämlich Deutschlands.
Maurice Duverger in „Le Monde“, Paris.

Der Klügere gibt nach
Der Klügere gibt nach, heißt ein deutsches Sprichwort, und vielleicht wäre es gut, an diese alte Weisheit zu denken, bevor man triumphierend erklärt, daß Moskau im Kampf um Berlin und um Griechenland dem Westen gegenüber eine Schlappe erlitten hat.
Die Zeit, Hamburg.

Dichtung und Wahrheit
Warum muß in der Prämabel die Lüge stehen, daß sich die deutsche Volk „kraft seiner verfassunggebenden Gewalt“ das Grundgesetz gibt? Den Tatsachen entsprechend müßte die Prämabel etwa folgendermaßen aussehen: „Unter fremder Besatzung, seiner freien Selbstbestimmung beraubt, seine verfassunggebende Gewalt durch Bestimmungen der Besatzung

eingeschränkt, hat sich das deutsche Volk für die Uebergangszeit im Rahmen dieser ihm auferlegten Grenzen folgendes vorläufiges Grundgesetz gegeben.“ Das wäre ehrlich, und es wäre politisch weitsichtig.
Pressedienst 1, undoktrinäre Politik, Hamburg.

Bonn mit ausländischen Augen gesehen

Der größte Teil der deutschen Bevölkerung wurde von ihren Abgeordneten und den Alliierten entweder gelangweilt oder gar erbittert, zuletzt sogar, wenn das Wort Verfassung nur erwähnt wurde. Dies — und nicht das auf dem Papier stehende Uebereinkommen — ist der wahre Maßstab des Erfolges von Bonn. Von den zwei politischen Lehren, die erteilt wurden, ist das Fehlen diplomatischer Finesse bei den Alliierten das geringere Uebel. Viel schlimmer ist das Fehlen jedes gesunden politischen Menschenverstandes bei den Deutschen selbst. Deutsche politische Unreife — denn nicht ein einziger westdeutscher Politiker ist zu einem Staatsmann „herangewachsen“ — ist der am meisten ins Gewicht fallende Faktor in Bonn...
Manchester Guardian.

Mangel an Talent ist die dritte Ursache, die den deutschen politischen Bankrott ausmacht. Der linke Flügel ist besonders schwach — so schwach in Bezug auf Redefähigkeit, daß der kürzliche Widerstand der Sozialdemokraten in Bonn auf dem Argument eines Führers beruhte, daß „man plötzlich erkannt hatte, daß man schon zuviel nachgegeben hätte.“ Welche Sympathien dieser Partei auch immer geblieben, da sowohl ihre politischen Feinde als auch die Alliierten sie unter Druck gesetzt haben, diese Sprache beweist politische Untüchtigkeit... Auf der Linken gelingt es Max Reimann, durch seine Standhaftigkeit, durch Charme und Rednergabe eine unpopuläre kommunistische Partei zu behaupten...
Manchester Guardian.

Die Flüchtlinge Bayerns auf KPD-Listen

KPD hat als einzige ohne Bedingungen den Flüchtlingen die Möglichkeit zur Kandidatur gegeben.

Egon Hermann, der bekannte Flüchtlingsvertreter des Lagers Dachau hat auf einer Flüchtlingskonferenz in Fürth in Bayern den Antrag gestellt, zu den Wahlen zum Bundestag eine Wahlverbindung zwischen Flüchtlingen und KPD einzugehen. Dem Antrag wurde entsprochen, nachdem die KPD 20 Vertreter der Flüchtlinge die Kandidatur auf ihren Listen zusagte, ohne daß sie — entgegen aller anderen Parteien — daran Bedingungen knüpfte. Die Flüchtlingskandidaten brauchen der KPD nicht als Mitglied anzugehen.

Die Kommunistische Partei hat dem Lebenskampf der Flüchtlinge bisher das weitgehendste Verständnis und eine tatbereite Hilfe entgegengebracht. Die Flüchtlinge Bayerns sind überzeugt, daß sie dies in selbstloser Weise tat. Daß sie so freimütig den Flüchtlingen die Kandidatur zur Wahl zum Bundestag auf den eigenen Listen ohne Bedingungen ermöglichte, ist ein neuer Beweis dafür. Die KPD erkennt die Notwendigkeit an, den Flüchtlingen die Unterstützung zu gewähren, daß sie durch eigene Vertreter auf dem Bundestag in Erscheinung treten können.

Wiederaufbau in der Mandchurei

Wenn Berichte aus der Mandchurei auch nur kärglich und unvollständig bei uns eintröfen, so bringen sie doch die Nachricht vom stufenweisen Fortschritt der kommunistischen Bemühungen, die beschädigte Wirtschaft dieses reichen Gebietes wieder aufzubauen. Bestenfalls wird das die Arbeit von Jahren sein... Besucher der Mandchurei stimmen darin überein, daß die Lebensmittel reichlich und billig sind. Ich habe mir sagen lassen, daß ein sparsamer Ausländer mit monatlich zehn amerikanischen Dollars gut essen kann. Und dennoch treiben die Kommunisten Propaganda für eine Erhöhung der Lebensmittelproduktion. Wahrscheinlich richten sie ihr Augenmerk auf den Export. Seit die kommunistischen Armeen aus der Mandchurei nach Nordchina ausgebrochen sind, haben sie beträchtliche Mengen an Lebensmitteln nach dem eigentlichen China gebracht. Dies sowohl um die Truppen zu ernähren, als auch der Lebensmittelknappheit der Zivilbevölkerung entgegen-

England will mit China Handel treiben

Ueber die militärische Lage in China geben sich heute auch die großen amerikanischen und britischen Blätter keinerlei Illusionen mehr hin. Der bekannte China-Korrespondent der „New York Herald Tribune“ Steele, schreibt am 18. Mai 1949:

„Es ist klar, daß China militärisch der Gnade der chinesischen Kommunisten ausgeliefert ist. Obwohl die Kommunisten bis jetzt nur ungefähr die Hälfte Chinas überrannt haben, sind die übrig gebliebenen Verteidigungszentren an Stärke nicht bedeutungsvoll und größtenteils entmündigt... Einige entfernt liegende Teile Chinas mögen der kommunistischen Invasion für Monate, ja sogar Jahre entgehen. Aber wenn einmal die Küstenzugänge versiegelt sind, werden diese Gebiete zum größten Teil abgeriegelt sein.“

Auch der konservative Londoner „Observer“ warnt davor zu glauben, „daß eine Unterstützung der Kuomintang Südostasien vor den schrecklichen Auswirkungen eines gänzlich kommunistischen Chinas retten könnte.“

Das Blatt kommt zu der Feststellung: „Wir können in China die Richtung der Ereignisse nicht mehr ändern. Zum größten Teil durch unsere eignen Fehler bedingt, sind wir immer mehr und mehr zurückgedrängt worden und müssen jetzt

auf unserem eigenen Gebiet kämpfen.“ (Unter „eigenem Gebiet“ versteht man Malaya und Burma, d. Red.)

Interessant sind nun aber die Schlußfolgerungen, zu denen insbesondere englische Blätter kommen. Der „Observer“ kann es sich nicht verkneifen, hervorzuheben, daß „zumindest Großbritannien seit dem Kriege eine ruhige neutrale Haltung eingenommen hat, im Bewußtsein, daß es nur eine untergeordnete Rolle spielt und deshalb nicht so ehrgeizig darauf bedacht war wie die Amerikaner, eine führende Rolle zu spielen, sondern daß ihm nur an einem ehrlichen Handel und der Aufrechterhaltung seiner jahrhundertalten Interessen gelegen ist.“

Wollte der „Observer“ mit dieser Bemerkung dem Sieger Mao-Tse-tung zurufen, er sollte mit dem „neutralen Großbritannien“, nicht aber mit dem „ehrzeigigen Amerika“ Handel treiben? Diese Auffassung gewinnt dadurch an Boden, daß das konservative Blatt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Volksfront-China befürwortet. Denn anders sind doch wohl die folgenden Sätze nicht zu verstehen:

„In China wird es bald eine neue Regierung geben. Durch ihren Charakter wird sie dem Westen gegenüber nicht freundlich gesinnt sein... Aber dahinter werden eine

Handvoll peinlich ehrlicher Menschen stehen, die bemüht sind, etwas für China zu tun, und es ist fast sicher, daß wir mit diesen Leuten zumindest offizielle diplomatische Beziehungen durchsetzen können.“

Auch ein anderes britisches Blatt, „New Statesman and Nation“, kommt von einer Betrachtung der besonders kritischen Lage in Hongkong ausgehend zu derselben Schlußfolgerung:

„Es gibt nur einen Weg. Wir müssen mit den kommunistischen Führern „auf der höchsten Ebene“ den Kontakt aufnehmen, bevor wir durch einen weiteren Fehler, ähnlich dem des Kreuzers „Amethyst“ das Vertrauen verlieren. Die ersten Annäherungen sollten durch nicht-offizielle Engländer, die man in China kennt und die man achtet, geschehen.“

Auch die Erkenntnis, daß man sich dem neuen China gegenüber nicht mehr als Kolonialmacht verhalten kann, hat bereits an Boden gewonnen.

Der „Observer“ schreibt: „Wir werden zu dem neuen China ein anderes Verhältnis schaffen müssen, ein solches wie gegenüber einem großen souveränen Staat im Westen.“

Die hier zum Ausdruck kommende Politik wird auch schon in die Praxis umgesetzt. Die „New York Herald Tribune“ meldete am 17. Mai, daß zur gleichen Zeit,

in der Ausländer aus Schanghai und anderen chinesischen Städten flüchten, „mindestens 25 Ausländer, darunter auch einige Amerikaner, die Erlaubnis der kommunistischen Behörden erhielten, in Nordchina ihren Wohnsitz zu nehmen.“

Das China Mao-Tse-Tungs hat in all seinen Erklärungen unterstrichen, daß es die in China wohnenden Ausländer nicht als seine Feinde betrachtet, wenn sie sich loyal verhalten. Es kämpft nur gegen die koloniale Ausbeutung des chinesischen Volkes durch den ausländischen Imperialismus. Das neue China wird mit allen Handel treiben, die normale, gleichberechtigte Beziehungen mit ihm wollen. Es besteht daher kein Grund, warum es nicht mit britischen und amerikanischen Geschäftsleuten in Verbindung treten sollte. Voraussetzung ist nur, daß dem chinesischen Volke die Bedingungen nicht von imperialistischen Regierungen aufzuzwingen werden, sondern daß es als ein völlig gleichberechtigter Partner seine Handelsverträge abschließen kann. Das der Lebensstandard des bisher in tiefster Armut gehaltenen chinesischen Volkes durch die Auswirkungen der Siege der Volksarmeen erhöht wird, werden diejenigen Geschäftsleute, die sich schon heute um die Aufnahme von Handelsbeziehungen zum Volksfront-China bemühen, vielleicht nicht die schlechtesten Geschäfte machen. Wenn hierbei die handelstüchtigen Engländer an der Spitze stehen wollen, so zeugt dies nur von ihrem klaren und nüchternen Geschäftssinn. F.U.

Demokratische Meisterstücke

Nicht einmal das Grundgesetz wurde der Volksabstimmung unterstellt, die allein ihm eine wahrhaft demokratische Sanktion geben könnte. Eine Volksvertretung, die in Grundfragen der Demokratie versagt, stellt dem eigenen demokratischen Empfinden kein gutes Zeugnis aus.
Frankfurter Rundschau.

Zwangsehe der Eier

Daß die Hoffnung, die dänischen Eier könnten die hohen Eierpreise herabdrücken, vergeblich gewesen ist, mußte mittlerweile jeder erfahren. Die dänischen Eier lösten ein Koppelungsgeschäft aus. Mancher machte sich Gedanken, wieso die Zwangsehe dänischer und inländischer Eier bei recht unterschiedlichen Preisen möglich ist. Kettenhandel ist ausdrücklich verboten und doch — unbestreitbar existiert er.

Die Kleinhändler sind die Zielscheibe der Angriffe der Hausfrauen. Es geht ohne Auseinandersetzungen ab, wenn sie zu dänischen Eiern für 28 oder 30 Pfennigen auch noch eine entsprechende Anzahl deutscher Eier zum Preise von 46 bis 50 Pfennigen nehmen sollen. Der Kleinhändler verteidigt sich. Er kann nichts dafür. Er hat die einen Eier zu diesem, die anderen zu jenem Preise vom Großhändler bekommen. Die dänischen Eier hätte er natürlich am liebsten allein eingekauft, aber er hätte sie nicht bekommen, wenn er nicht auch die deutschen genommen hätte.

Auf dem Mannheimer Markt waren wir Zeuge einer Szene. Ein erregter Haufen von Frauen streitet um die zweierlei Eierpreise. Die Worte fallen: „Kettenhandel ist verboten.“ Ein Marktüberwachungsbeamter versucht, die Ruhe herzustellen und schließt sich der Volksmeinung an: „Kettenhandel ist verboten!“ Die Marktfrau verkauft daraufhin nur dänische Eier. Im Nu sind sie fort. Die deutschen Eier zu 46 bis 50 Pfennigen bleiben liegen und werden wieder von der Marktfrau mit nach Hause genommen.

Die Frauen, die die billigen dänischen Eier gekauft hatten, waren auf dem Nachhauseweg des Gefühls: „heute hat die Gerechtigkeit gesiegt!“

In Karlsruhe haben sich kommunistische Stadträte bemüht, Klarheit in die verworrenen Verhältnisse der zweierlei Eierpreise und des Koppelungsgeschäftes zu bringen. Eine offizielle Auskunft lautete: 1. Die dänischen Eier hätten gar nicht frei verkauft werden dürfen, denn nur deutsche Eier seien von der Bewirtschaftung ausgenommen (in diesem Falle würde also das Landesernährungsamt die Verantwortung treffen). 2. Die Preisbehörde hat nicht rechtzeitig von den Koppelungsverkäufen erfahren (in diesem Falle also hätte die Preisüberwachungsbehörde geschlafen). Eine dritte rechtswürdige Erklärung stellt das Spiel zwischen Gewerbspolizei und Großhändlern über genehmigte und nicht-genehmigte Praxis dar.

Wenn wir bei den Großhändlern um Aufklärung fragen, erleben wir dasselbe wie bei den Kleinhändlern. Auch diese müßten deutsche und dänische Eier zu dem bekannten unterschiedlichen Preis nehmen. Wo liegt also die letzte Ursache für den Verkauf, der alles in Durcheinander bringt?

Der Weg ist nicht weit. Er führt nach Frankfurt zu den so sattsam bekannten Stellen der Verwaltung für Wirtschaft und der für Landwirtschaft und Forsten des Dr. Schlange-Schönningen. Die wollten es so.

Es ist zwar in der Vergangenheit von einem „Auspandeln der Preise bei freier Marktwirtschaft“ gesprochen worden. Als aber die dänischen Eier kamen, war dies vergessen und die Zwangsehe zwischen dänischen und deutschen Eiern wurde in Frankfurt beschlossen. Nachdem das Tohuwabohu groß genug geworden ist, hat man sich zu einer Regelung entschlossen. Die dänischen Eier zu dem billigeren Preis sollen auf Kartenauftrag ausgegeben werden. Freuen wir uns, die Gerechtigkeit hat nach langem Hin und Her einen Sieg davongetragen und hoffentlich werden wir nicht dadurch betrübt, keine dänischen Eier mehr zu sehen. Freuen wir uns auch, daß Professor Erhard und Dr. Schlange-Schönningen dabei eine halbe Niederlage erlitten haben. Die Rationierung gewisser Lebensmittel ist notwendig. Bei den Eiern mußte es jedem einleuchten, weil es gar zu sinnföhliger Weise beim Schweinefleisch setzt sich die Erkenntnis ebenfalls durch, daß es so, wie es jetzt ist, nicht weiter gehen kann. Der Käufer ist nicht willens, die Wahlpropaganda unter den Bauern der CDU-Herren in Frankfurt zu bezahlen.

Schwindel mit Gänseleberwurst

Von seiten der Bevölkerung wird darüber geklagt, daß die Qualität der angebotenen Gänseleberwurst sehr minderwertig sei und noch nicht einmal an die Güte einer einfachen Leberwurst herankomme. Nach dem vorliegenden Gutachten des tierhygienischen Instituts in Freiburg entsprechen die von drei verschiedenen Mannheimer Metzger erhobenen Proben Gänseleberwurst hinsichtlich der Zusammensetzung nicht den Anforderungen, die an eine Delikatessleberwurst und damit auch an die Gänseleberwurst zu stellen sind. Auch das Inverkehrbringen der Gänseleberwurst in Metallfolien wird beanstandet, weil (nach dem Lebensmittelgesetz) nur Dauerwurst in derartigen Verpackungen angeboten werden dürfen, während Gänseleberwurst nicht als „Dauerwurst“ angesprochen werden kann.

... und mit Speiseeis

In dem Bericht des städt. Untersuchungsamtes Mannheim für das Jahr 1948 ist festgestellt worden, daß von den im Handel befindlichen Speiseeisarten nicht eine einzige den Vorschriften entsprach.

Aus Pressemitteilungen des Amtes für Öff. Ordnung, Abt. Lebensmittelüberwachung, Mannheim.

Neue Gehaltsgrenze für Wochenkarten der Straßenbahn

In der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Stadtrats in Mannheim wurde endlich dem bereits von der kommunistischen Stadtratsfraktion im Februar dieses Jahres gestellten Antrag entsprochen, die Einkommengrenze für Berufsfahrer der Straßenbahn von 250,— auf 300,— DM Bruttoverdienst zu erhöhen. Die sozialen Zulagen kommen dabei nicht in Anrechnung.

Ein Notschrei gequälter Menschen

Wohnverhältnisse in Mannheim-Pfingsberg, die zum Himmel schreien

„Dürfen wir uns wundern, wenn diese Leute bitter werden und am Rande der Verzweiflung stehen? Wer könnte auf die Dauer diese seelischen und gesundheitlichen Belastungen ertragen, seine Arbeitsfreudigkeit und Leistungsfähigkeit erhalten? Wer dürfte schweigen angesichts der sittlichen Notstände, die sich aus diesen Wohnverhältnissen ergeben?“ So lesen wir in einem uns gerichteten Brief, der sich mit den Verhältnissen befaßt, in die die Bewohner der Strahlenburgstraße auf dem Pfingsberg gezwungen wurden, zu leben.

Nach dem Zusammenbruch wurden die Wohnungen zunächst durch amerikanische Kampftruppen belegt, dann nach vorübergehender Freigabe im Mai 1946 erneut beschlagnahmt und polnischen Wachmannschaften übergeben. Die aus ihren Wohnungen Verwiesenen wurden zum weitaus größten Teil nur behelfsmäßig untergebracht, denn es wurde angenommen, der Zustand dauere nur kurze Zeit. Mittlerweile sind aber bereits drei Jahre vergangen und noch ist kein Ende abzusehen.

Wie müssen die Familien hausen?

Zehn der betroffenen Familien leben in Kellern ihrer eigenen Häuser. Teilweise dient ein einziger Raum mit kleinster Lichtöffnung als Küche, Wohn- und Schlafraum. Eine siebenköpfige Familie wohnt im zugehörigen Hühnerstall. Die Mutter der Familie

— durch einen verantwortungslosen Fahrer unter ihrer Gartentüre ist sie schwer verletzt worden — kann sich in dem ungesunden Raum nicht erholen. Andere Familien sind auseinandergerissen, wohnen getrennt, aus verschiedenen Familien zusammengewürfelt und sind den täglichen nervenzerstörenden Reibungen, wie sie aus diesen Umständen erwachsen, ausgesetzt.

Gibt es keinen Ausweg?

Das Mannheimer Wohnungsamt und der Oberbürgermeister unserer Stadt haben sich wegen den Verhältnissen in der Strahlenburgstraße wiederholt an die Besatzungsmacht gewandt. Ihre Bemühungen blieben ohne Ergebnis. Die früheren Mieter der Strahlenburgstraße haben selbst im vergangenen Jahr an General Clay eine Eingabe gemacht. Sie erhielten zur Antwort, daß zur Zeit der Belegung der Strahlenburgstraße in Mannheim keine passenden Unterkünfte für die polnischen Wachmannschaften vorhanden gewesen seien. Diese Antwort liegt fast ein Jahr zurück. Eine ganze Reihe von Kasernen und Truppenunterkünften wurden inzwischen frei und sind heute unbesetzt. In der Schönau sind beispielsweise Unterkünfte frei, ohne daß sie freigegeben werden. Ein Entgegenkommen der Besatzungsmacht könnte sehr wohl die Nöte der früheren Bewohner der Strahlenburgstraße wie auch die anderer Familien, die in ähnlichen Verhältnissen

leben, beheben. Die Besatzungsmacht aber zeigt kein Entgegenkommen.

Ungleiche Verteilung der Lasten

Unter den Auswirkungen der Kriegszerstörungen und der Wohnraumbelastungen durch die Besatzungsmacht leidet die ganze Einwohnerschaft. Der im Durchschnitt zur Verfügung stehende Wohnraum ist ungenügend, führt zu Gesundheitsschädigungen und untrügerlichen Lebensverhältnissen. Verhältnisse aber, wie sie durch die ehemaligen Mieter der Strahlenburgstraße getragen werden müssen, stellen über den allgemeinen Rahmen hinausgehend ein zusätzliches an Härte dar. Daß die davon Betroffenen eine ungleiche Verteilung der Lasten erfahren, ist verständlich und richtig. Ebenso ist einzuräumen, daß sie nicht ewig von der Hoffnung leben können, irgendwann einmal auf Verständnis und Entgegenkommen der Besatzungsmacht zu stoßen. Weigendste Berücksichtigung durch das Mannheimer Wohnungsamt in ihren Nöten und Sorgen dürften sie aber erwarten. Der Bitte der ehemaligen Bewohner der Strahlenburgstraße an uns, ihre Angelegenheit der Öffentlichkeit zu unterbreiten, sind wir gerne nachgekommen. Wir hoffen, daß unsere Veröffentlichung das Verständnis der maßgebenden Stellen für deren Lage fördert und beiträgt, eine Wendung zum Besseren herbeizuführen.

Dunkelkammerpolitik der badischen Schulverwaltung

Wurde die Eingabe eines Lehrers an den Petitionsausschuß des Landtags mit fristloser Entlassung beantwortet?

Ein Mannheimer Volksschullehrer steht vor dem Arbeitsgericht. Er sucht Schutz gegen seine fristlose Entlassung.

Ein Lehrer vor dem Arbeitsgericht ist eine kaum vorkommende Seltenheit. Die Gründe, die den Lehrer R. dazu veranlassen, liegen auf der Hand; die Gründe aber, die die badische Schulverwaltung zu seiner fristlosen Entlassung bewegen, sind völlig undurchsichtig. Der Lehrer bekam bei seiner fristlosen Entlassung keinerlei Grund angegeben. Er muß ihn wohl im Zusammenhang mit einer von ihm gemachten Eingabe an den Petitionsausschuß des Landtags, wieder ins Beamtenverhältnis aufgenommen zu werden, suchen. Mit anderen Worten: der durch die badische Schulverwaltung auf seine Eingabe beim Petitionsausschuß gegebene Bescheid bestand in seiner fristlosen Entlassung.

Lehrer R. hat eine langjährige Berufstätigkeit hinter sich. Er verfügt über eine berufsgerechte Ausbildung und als Lehrer über einen tadellosen Leumund, den auch neuerlich der Mannheimer Stadtschulrat bestätigte. Eine Unterbrechung in seiner Berufsausübung hat es gegeben. Im Jahre 1938 quittierte er nämlich seinen Dienst. Das war im Nazireich, Vorhergegangen war seine Verhaftung unter dem Vorwand, Landesverrat begangen zu haben. Nach wenigen Tagen erwies sich diese als völlig haltlos, brachte ihm aber das Aufsitzen des Nazibürgermeisters in Oberkirch (Pfalz), wo er als Lehrer beschäftigt war, ein. Um dieser bleibenden Gefährdung zu entgehen, sah Lehrer R. keinen anderen Weg, als Oberkirch zu verlassen, was in dieser Zeit und

waltung entsprechend, auf Widerruf. Mit der Eingabe an den Petitionsausschuß des Badischen Landtages wollte der Lehrer erreichen, wieder in seine alten Rechte eingesetzt zu werden, nachdem alle seine Bemühungen, auf dem üblichen Wege fehlgeschlagen waren. Erfolg: die fristlose Entlassung. Damit wurde seine Eingabe an der höchsten Stelle des Landes auf Wiedererlangung in das Beamtenverhältnis beantwortet.

Die arbeitsrechtliche Seite der Angelegenheit fand durch den Arbeitsrichter ihre eindeutige Beantwortung. Ein Anstellungsverhältnis auf Widerruf berechtigt die badische Schulverwaltung nicht zu einer fristlosen Entlassung. Daß der verstorbene Finanzminister und Landespräsident Köhler den „persönlichen Wunsch“ zur Entlassung des Lehrers R. geäußert haben soll, rechtfertigt nicht die badische Schulverwaltung in ihrem Vorgehen, sondern wirft ein bezeichnendes Licht auf ihre Dunkelkammerpolitik, die einfach ein Skandal ist. Das Arbeitsgericht wies den Fall zurück an das Dienststrafgericht. Damit hat die Angelegenheit gute Weile, denn dieses existiert zur Zeit noch nicht.

Der Fall des Lehrers R. läßt zwei Schlussfolgerungen zu. Die eine besteht in der An-

nahme, daß ein nazistisches nicht belasteter Lehrer im Beamtenstand im Kreise derer ungen gesehen ist, die das Dritte Reich in Amt und Würden recht gut überstanden haben. Die andere besteht darin, daß ein im 50. Lebensjahre stehender Lehrer ganz kalt um seine erworbenen Rechte als Beamter, um das Pensionsrecht, gebracht werden soll. Beide Gründe spielen offensichtlich eine Rolle, wobei es nur eine Frage ist, welcher davon die stärkere spielt.

Daß die fristlose Entlassung des Lehrers R. in Zusammenhang einer Eingabe an den Petitionsausschuß des Landtages erfolgte, macht die Angelegenheit, unabhängig ihrer arbeitsrechtlichen Austragung, zu einer Sache des öffentlichen Interesses. Auf seine Art ist er ein Probefall für unsere Demokratie.

Familiendynastie

Ein politisches Kuriosum stellt das neue Kabinett des Yemen (Mittlerer Osten) dar. Sämtliche 6 Minister, Ministerpräsident und Innenminister in einer Person, Außen-, Verkehrs-, Gesundheits-, Verteidigungs- und Kultusminister sind Mitglieder der königlichen Familie, d. h. Brüder des herrschenden Imam Ahmed. ... Manche Regierungen offenbaren allerdings gar zu auffällige ihren Charakter.

Das Schicksal unserer Alten

4 Mark monatliches Taschengeld für Insassen von Altersheimen. — Ihnen ist auch nicht ein Handkäse zur Abwechslung gegönnt

Ein aus Karlsruhe an uns gerichteter Brief befaßt sich mit der Vereinheitlichung des monatlichen Taschengeldes für die Insassen der Kreispflegeanstalten. Die Neuregelung, für die der Landesbezirksdirektor des Innern verantwortlich zeichnet, bedeutet in vielen Fällen eine wesentliche Verschlechterung denn der Einheitsatz des monatlichen Taschengeldes für unsere Alten wurde auf ganze 4 Mark festgesetzt. Verschiedene Städte und Gemeinden hatten bisher höhere Beträge bezahlt. So unter anderem Karlsruhe 6 Mark pro Monat.

In dem Karlsruher Brief heißt es: „Christliche Nächstenliebe und staatliche Fürsorge für die in Arbeit und grau gewordenen Insassen unserer behördlichen Altersheime werden bei jeder offiziellen Gelegenheit gepriesen. Die Praxis sieht meistens anders aus. Das kommt auch in einer Anordnung des Landesdirektors des Innern, gezeichnet von Ministerialdirektor Unser, zum Ausdruck. Nach dieser sollen in Zukunft alle Insassen von Kreispflegeanstalten und Altersheimen ein einheitliches Taschengeld von monatlich 4 Mark erhalten. Begründet wird die Anordnung mit den Worten, „daß häufig der eine Heiminsasse im Vergleich zum andern ein höheres oder niedrigeres

Taschengeld bezog, was zur Unzufriedenheit und zu Differenzen unter den Betroffenen führte. Diese Unzutraglichkeiten können vermieden werden, wenn das Taschengeld einheitlich im ganzen Landesbezirk festgesetzt wird. Aus diesem Grunde und unter Berücksichtigung der seit der Währungs- umstellung erheblich verteuerten Lebenshaltungskosten wird ein einheitliches Taschengeld von vier Mark monatlich festgesetzt.“

Der bisher von einzelnen Gemeinden niedrigste Satz ist für die einheitliche Regelung des Landesbezirksdirektor des Innern maßgebend gewesen. Daß die in vielen Fällen erfolgte Herabsetzung mit der Verteuerung der Lebenshaltungskosten begründet wird, entbehrt wahrhaftig nicht der Ironie. Die Verteuerung müßte ja nach menschlichem Ermessen Ursache sein, das monatliche Taschengeld höher und nicht niedriger anzusetzen.

Die Alten in den Heimen freuen sich über die ganze Woche, an den Sonntagen für ein paar Stunden dem Einerlei der Anstalt zu enttrinnen. Auf durchschnittlich fünf Sonn- und Feiertage im Monat kommen auf den Tag genau 80 Pfennig Taschengeld. Ein Viertel Wein in einer Wirtschaft ge-

Eine „schmutzige“ Geschichte

An salbungsvollen Reden war der Inhaber der Firma „Maschinen- und Apparatebau“ in Wallstadt, Herr Gülden, in einer Verhandlung vor dem Arbeitsgericht nicht verlegen. Wir sind „ehrliche“ und „anständige“ Menschen bezeugt er ein über das andere Mal im Brustton tiefster Überzeugung. Den Prozeßgegner, seinen früheren Meister Gr., bezeichnete er als einen „rücksichtslosen“ Lügner. „Befreien Sie mich von dieser schmutzigen Geschichte“ (er hatte sie selbst aufgeführt), flehte Gülden das Arbeitsgericht an. „das rest mich ja so auf.“

Herr Gülden hatte Pech. Auf dem Gerichtstisch lag es schwarz auf weiß, das Kommentar zu seinen frommen Redensarten und heiligen Beteuerungen. Gülden hatte radiert, radiert in einem Schreiben an das Arbeitsamt. Der Zweck dieser kleinen Fälschung war, das Arbeitsgericht glauben zu machen, daß nicht er, sondern sein Meister Gr. das Arbeitsverhältnis gekündigt hatte. Und deshalb wollte er ein angeblich zu Unrecht an Gr. gezahltes Monatsgehalt wieder zurück haben. Wer hat nun wen gekündigt, das sollte das Arbeitsgericht entscheiden. Teils, teils, sagte der Richter, beide haben Fehler gemacht. Sein Vergleichsvorschlag, die strittige Summe zu teilen, wurde angenommen. Vom Gewerkschaftsvertreter aber nur unter dem Vorbehalt der Widerspruchsmöglichkeit.

Weniger Urlaub in der Metallindustrie

Der Bevollmächtigten-Konferenz des Industrieverbandes Metall, Württemberg-Baden wurde vergangene Woche das neue Urlaubsabkommen, das erhebliche Verschlechterungen für die Metallarbeiter bringt, vorgelegt. Das Abkommen zeigt, daß die Unternehmer sich durchgesetzt haben. Ein Zusatzurlaub von einem Tage (insgesamt 13 Tage) wird erst nach 8jähriger Betriebszugehörigkeit gewährt, gegenüber bisher 2 Zusatztagen nach 3 Jahren. Der Höchsturlaub soll 18 Tage nach 25jähriger Zugehörigkeit zum Betrieb betragen (bisher 20 Tage nach 20 Jahren). Demgegenüber dürfte das Zugeständnis der Unternehmer, Wegfall der 6monatigen Wartezeit, kaum ins Gewicht fallen. Die Bevollmächtigten-Konferenz hat diesem Abkommen mit Vorbehalt zugestimmt. Es soll versucht werden, die Unternehmer noch zu dem einen oder anderen Zugeständnis zu bewegen, wohl um den Belegschaften das Abkommen schmackhafter zu machen.

Unter der Lupe

Früher schwarzer Markt — jetzt offiziell
Lächerlich ist, wenn man in der Zeitung liest, daß wieder 200 g Fische und 4000 g Kartoffeln aufgerufen sind. Traurig ist, wenn man beim Metzger jetzt 500 g Schweinefleisch haben kann für „nur“ 3,50 DM. Armer Arbeiter! Aber noch trauriger ist, wenn man hier in keiner Bäckerei für seine Krankenmarken Weißbrot bekommt. Die Antwort lautet: „Tut mir leid! Auf Marken haben wir kein Weißbrot und kein Weißmehl! Ohne Marken können Sie Brot 1000 g für 1,60 DM und Weißmehl für 80 Pfennig das Pfund haben!“ Drei Jahre ging es auf dem Schwarzen Markt hinterher, und jetzt geht es öffentlich in jedem Geschäft. Müssen die verantwortlichen Herrn doch endlich ein kräftiges Schlafpulver nehmen, um langsam einzuschlafen auf Nimmerwiedersehen. K. Ketsch

Gebietskonferenz der KPD

für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Sinsheim

Samstag, den 28. Mai, um 15 Uhr im Kantinenraum der Motorenwerke in Mannheim. Thema: Die Wahlen zum Parlament des westdeutschen Separatstaates.

Alle Parteifunktionäre und aktiven Parteimitglieder sind zur Teilnahme aufgefordert.

unter diesen Umständen gleichbedeutend mit der Aufgabe seines Berufes als Lehrer war.

Seit 1945 übt Lehrer R. in Mannheim seinen Beruf nach übereinstimmendem Zeugnis völlig einwandfrei aus. Gegenüber so vielen anderen ist er nazistisch nicht im geringsten belastet. Seine Anstellungserfolge, der üblichen Praxis der Schulver-

Theater und Filme

Aller-Lichtspiele: „Hallo — Fräulein!“ Ein Kamera-Film des Herzog-Verleih. Ja, das war in jenen Tagen, in dem blutgedüngten Frühling des Jahres 1945 in Deutschland, als die letzten Schüsse verhallen im schönen Bayern und die Lerche sich wieder triumphierend hochschwang ins Aetherblau und über Tod und Not ihr Lied sang von einem trügerischen Frieden. Als so viele kleine, schutzlose Frauen umherirrten auf der Landstraße, willkommenende Beute den fremden Soldaten. Hier beginnt die Story dieses Films nach einer Idee von Margot Hiescher, und es ist die Geschichte einer optimistischen Intenforbenen weiblichen Jugend, die sich aus den Trümmern ihres Seins sich ein bibelchen Glück zusammenbaut. Kein großes Glück, oh nein, die Bäume wachsen nicht mehr in den Himmel, das Leben ist voll harter Realitäten, ein paar Seidenstrümpfe sind unerschwinglicher Luxus, ein Lippenstift ein ferne Traum und wenn eine junge Künstlerin nicht nur Dirne werden will, muß sie eben unter unmöglichen Umständen arbeiten. Yes, my boy. Es geht, es gelingt mit einer von der Not zusammengefügten „internationalen Band“, einem sehr selbstlosen Captain, Musiker aus Leidenschaft von Peter van Elk famos gespielt! — und man findet wieder den Weg zurück ins Leben. „How do you do, my darling?“ „All right Mister, how do you do?“ Star der Truppe ist Margot Hiescher mit dem etwas maskenhaften interessanten Antlitz einer selbstbewußten stolzen Frau — ihr Partner ist Hans Sönker, der ins ältere Fach hinüberwechseln muß, als Liebhaber ist er nicht mehr tragbar. Ein gutes Buch, ein guter Film, die elektrifizierenden Synkopen schrieb Friedrich Meyer.

Capitol - Filmtheater und Palast - Lichtspiele: „Anni“, eine Wiener Ballade. Diese sehr gefühlvolle Wiener Ballade ist Klischee, photographiertes Theater, mit zum Teil schauderhaften Kulissen. Franz Liszt's „Liebesträume“ ist die musikalische Unterdominante und macht die fürchterlichen Kälauer des Manuskripts ver-

gessen. In dieser Wüste ein zauberischer kleiner Quell: Die liebliche Elise Meyerhoff als Vileta, von bezaubernder stimmlicher Süße.

„Der Kaiser von Amerika“

Der „Amateursozialist“ Bernard Shaw ist das Gewissen Englands. Wie eine Bulldogge griff er vor und während des Krieges den alten Imperialisten Churchill an. Die Massen auftrüffelnd mit seinen Alarmrufen, war Shaw stets unerbittlicher Entlarver der herrschenden Klasse Großbritanniens, die ein merkwürdiges Konglomerat von konservativem Feudalismus und modernem Hochkapitalismus darstellt, Entlarver ihrer parasitären Existenz, Amoralität und puritanischen Heuchelei. Ausweglosigkeit und Abenteuerlichkeit ihrer Politik. „Und die Kerle, die uns regieren, laufen herum und schreiben: Was können wir tun, um gerettet zu werden“, rief er in seiner am Vorabend des Dritten Reiches erschienenen Komödie „Zu schön, um wahr zu sein“. Souveräner Meister der Technik und des Dialogs, macht Shaw die Schaubühne zur Tribüne seiner geistvollen Polemiken gegen Staat und Gesellschaft, bürgerliche Demokratie und parlamentarischen Kritizismus, mit der funkelnden Waffe der Ironie, welche die Waffe der überlegenen Meister ist, seine Gegner lächerlich machend, da Lächerlichkeit bekanntlich tötet.

„Der Kaiser von Amerika“ ist keine Novität. Er erlebte seine deutsche Uraufführung schon 1928 im Deutschen Theater Berlin, wo Werner Krauß die Titelrolle kreierte. Das geschah unter anderem politischem Aspekt und die weltpolitische Konstellation hat sich seitler nicht wenig verändert; was damals schon ein sensationeller und unverdaulicher Bissen war, ist heute ein Alldruck für die Demokraten bürgerlicher Observanz. Um so fraprierender ist die noch heutige Aktualität dieses Stückes, es beweist den adersicheren Blick des Dialektikers Shaw. England ist durch die ökonomische Abhängigkeit von den USA nur noch dessen Satellit und die politische Einverleibung

höchstens eine Frage der Zweckmäßigkeit, nichts weiter. Was weiterhin entzückt, ist die Respektlosigkeit und himmlische Bosheit, mit welcher der alte Feuerkopf dieses unter dem drohenden Schatten der monopolistischen „Bruchschafengesellschaft“ stehende Kabinett von politischen Gangstern und Schwachköpfen travestiert. Und wenn König Magnus in der Auseinandersetzung mit Bill Boanerges sachlich feststellt, daß „diese Demokratie“ doch ein Schwindel sei, dann haben wir dem nichts hinzuzufügen. Wem es juckt, der kratze sich.

Shaw braucht einen kongenialen Regisseur. Den fand er im Nationaltheater nicht. Die Inszenierung war matte Limonade, der scharf pointierte, temperamentvolle Dialog plätscherte geruhsam dahin, die Geistespeitsche Shaws wurde zur zahmen Zuchrute. Was für ein kindischer Einfall, den Laboristen Boanerges im ersten Bild in einer Russenbluse auftreten zu lassen. Ueber das Bühnenbild Heinz Daniels wollen wir den Mantel der christlichen Nächstenliebe breiten.

Birgel ist eine künstlerische Individualität, mit einem Güttel Virtuosenum, er spielte den Fabelkönig Magnus und Gentleman par excellence mit Geschmack und Noblesse, ein wenig automatisch und vielleicht eine Nuance zu schwer. Sein Antipode, der Premierminister Schewens, war ein blasser Scherzen. Den kraftmeiern Laboristen und Gewerkschaftsführer tradeunionistischer Färbung, Boanerges, gab Kinzler polternd und mit hemsärmeliger Robustheit. Hans Simshäuser hatte keine klaren Umrisse, Marsch war in der Charge des Innenministers Balbu der einzige stilgerechte Shaw-Interpret. Die von ihrer Güttlichkeit überzeugte Orintha spielte Elisabeth Raabe mit bezauberndem Charme, betäubendem sex appeal und gutbestumpften Beinen, die ewige Venus, Paula Nova machte aus der männlichen Lysistrata (die eine verdächtige Ähnlichkeit mit Lady Astor hat) eine äußerlich karrikaturhafte, despotische Gouvernante. Am Rande zeichnete: Richard Dornseiff in der Rolle des US-Botschafters einen smarten Yankee.

Das Premierenpublikum zeigte sich äußerst aufgeräumt, begleitete die bellenden Sarkasmus des Dichters mit ostentativem Applaus auf offener Szene und erzwang zum Schluß zahlreiche Vorhänge. Wir sind dem Nationaltheater Dank schuldig für diese Aufführung, sie ist einer der wenigen Aktivposten des Spielplans bei der kommenden Bilanz.

Theater des Volkes: Lehár-Premiere „Der Graf von Luxemburg“ am 21. Mai 1949. Der Weg des Schauspielers ist heute kein Rosenpfad. Das Theater des Volkes, Notgemeinschaft einiger schwer um ihre Existenz ringender Künstler, lebendiger Nachlaß des unrühmlich verschiedenen Mannheimer Operettentheaters, brachte die Zugoprette vom leichtlebigen Grafen von Luxemburg in einer sehr dynamischen, von Rudolf Moller besorgten Inszenierung heraus, die morbide Atmosphäre des Operetten-Paris glücklich einfangend. Die elegante, aparte Erscheinung und der schmelzende Sopran der Helene Luise Emig war zweifellos der Clou des Abends. Als eine entzückende kleine Komikerin von erschütternder Natürlichkeit, temperamentvoll und lebensprühend erwies sich die sehr junge Else Lore Fischer in der Partie der Lollette. Albert Keck als Gast kämpfte mit anerkennenswerter Tapferkeit gegen ein etwas müdes Orchester. „Gut besetztes Haus, Applaus, Blumen, es war ein guter Start, vielleicht ergeben sich daraus verheißungsvolle Perspektiven.“ Franz Mohr

Herausgeber: KPD Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich für den Inhalt: Willy Grimm, Mannheim, S. 3, 10. Tel. 432 60. — Vertrieb- und Anzeigenabteilung: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertriebs-G.m.b.H., Mannheim, S. 3, 10. Mit Genehmigung der Nachrichtenkontrollabteilung für Württemberg-Baden. — Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. — Auflage: 28 700.

General und Gewerkschaftsführer

Ausgesprochene und „auf der Zunge liegende Einwände“

Die württembergisch-badische „Gewerkschaftszeitung“ befaßt sich in ihren beiden letzten Nummern mit einem Briefwechsel zwischen dem wieder in „Gottes eigenes Land“ zurückgebliebenen General Clay und dem Vizepräsidenten der amerikanischen Gewerkschaftsföderation E.A. F. of L., Matthew Woll. Dieser Briefwechsel entspringt einigen Resolutionen des Kongresses der A.F. of L. über die Politik der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.

General Clay bedauert in seinem Schreiben an die A.F. of L., daß er und seine amerikanischen Auftraggeber leider von den amerikanischen wie von den deutschen Gewerkschaften völlig verkannt wird. Seiner Überzeugung nach habe die amerikanische Militärregierung im Verlauf der Jahre seit 1945 bewiesen, daß sie der Arbeiterschaft und ihren Problemen stets ein aufrichtiges Interesse entgegengebracht habe. Außerdem liege es der amerikanischen Militärregierung fern, in Entscheidungen einzugreifen, die dem Mehrheitswillen der deutschen Arbeiterbewegung entspringen.

Matthew Woll ist in seiner Antwort an Clay gezwungen, demselben einige unliebsame Dinge aufs Brot zu schmieren, die eben für die Arbeiterbewegung doch ziemlich bitter schmecken, und die es den amerikanischen und den deutschen Gewerkschaftsführern und den Führern der deutschen Sozialdemokratie schwer machen, den Arbeitnehmern zuzumuten, sie widerspruchslos zu schlucken. In der Hauptsache tut die A.F. of L. bestürzt über die Verweigerung der Rückgabe der deutschen Gewerkschaftsguthaben, die Berufung früherer Hitlergefolgsmänner auf führende Posten in Wirtschaft und Politik und über die Verweigerung der Mitbestimmung der Gewerkschaften beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und bei der Durchführung des Marshallplans. Die Einschaltung der ehemaligen Nazigrößen und die Ausschaltung des Einflusses der Arbeitnehmerorganisationen in den Schaltzentralen des deutschen Wirtschaftslebens entspringt dem Willen der USA, Deutschland als Kolonialgebiet zu behandeln und den Lebensstandard seiner Bevölkerung entsprechend niedrig zu halten. Die A.F. of L. und ihre deutschen Anbeter sind im Grund genommen dem einverstandenen, wenn sie dafür ein Lob ihrer hohen Herren kassieren können. Aber es weckt ihre Bedenken, daß dies so ungenügend und offensichtlich getan wird, daß es von der sehenden und denkenden Arbeiterschaft erkannt wird. Dadurch wird die Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Ostzone stark beeinträchtigt, und diesem Kummer entspringt die dringliche Bitte, die amerikanische Deutschlandpolitik zu überprüfen und zu revidieren. Ein frommer Wunsch, der dem gleichkommt, die Katze zu bitten, das Maul zu unterlassen! Der Einfluß der USA-Politik auf rein innerdeutsche Belange der deutschen Werktätigen, die Sabotage der Potsdamer Beschlüsse, die Durchführung der Entnazifizierung und Entmilitarisierung, ihre Haltung in der Frage der Bodenreform, des Lastenausgleichs und bei der um ein halbes Jahr verschleppten „Verbesserung“ der Sozialversicherung haben das ganze deutsche Volk erkennen lassen, wie die Hilfe und das Interesse an der Behebung der deutschen Not aussieht. Deshalb jammern A. F. of L. und deutsche Gewerkschaftsführer: „Eure Politik kommt den Kommunisten zugut! Sie sind die Nutznießer, die aus Eurer Politik Gewinn ziehen!“

Daß die amerikanischen Kapitalisten sich an diesem Gestöhne nicht stören, beweist die Niederlage, die Präsident Truman im Repräsentantenhaus durch die Ablehnung der Reformvorschlüsse zum Taft-Hartley-Arbeitsgesetz erlitten hat. Das Versprechen der Abschaffung dieses Antistreik- und Antkommunistengesetzes war der Hauptschlag bei der Präsidentenwahl, dem Truman seinen überraschenden Wahlsieg zu verdanken hatte. Die Millionen amerikanischen Gewerkschaftler und ihrer Angehörigen stimmten ausschließlich wegen dieses Wahlversprechens für Truman. Angesichts der Lohnbewegungen in den USA wird ihnen ein Licht aufgehen, daß sie schmähdlich mißbraucht wurden. Die deutschen Arbeiter sind nicht so naiv, zu glauben, daß ihnen von amerikanischen Kapitalisten größere „Freiheiten“ gewährt werden als dem amerikanischen Proletariat.

Die „Gewerkschaftszeitung“ hegt natürlich wegen der Auslassungen des Generals Clay keineswegs Feindschaft gegen ihn, sondern bedankt sich für das große Verständnis, das er den Bestrebungen der Gewerkschaften entgegengebracht hat. Sie hat beim Leser des Briefes von Clay zahlreiche Einwände sozusagen auf der Zunge liegen lassen.

Gegen einen sehr bezeichnenden Satz in diesem Brief hat aber der Artikler anscheinend keine Einwände zu machen. Er ist so interessant, daß wir der „Gewerkschaftszeitung“, die diesen Satz wegen „Raummangel“ nicht bringen konnte, trotz eigener Raumbeschränkung gerne ausleihen. Er lautet: „Es hat uns imponiert, daß die deutschen Gewerkschaften allmählich die Zahl der Kommunisten in verantwortlichen Stellungen verringert haben; dadurch haben die Gewerkschaften ihren eigenen Glauben an Freiheit bewiesen.“

Dazu hätten nun wir allerhand zu bemerken; wir tun es nicht: Wir hängen diesen Satz, in einer amerikanischen Gewerkschaftszeitung veröffentlicht, die an deutsche Gewerkschaftsführer verschickt wird, einfach niedriger, ul

Können wir der wachsenden Arbeitslosigkeit steuern?

Freier Außenhandel — eine Forderung an die Außenministerkonferenz

Von besonderer Bedeutung ist die Wiederaufnahme des Interzonenhandels für die von Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit bedrohte Arbeiterschaft der Westzonen und für die Millionenzahl der Arbeitslosen. Die westdeutschen Arbeiter hoffen auf regelmäßige Beschäftigung durch die Wiederaufnahme der normalen Handelsbeziehungen zur Ostzone.

Deshalb begrüßen sie die Initiative der Betriebsräte der Akku-Werke in Hannover, der Arbeiter der Hanomag und anderer Betriebe, aber auch die der zuständigen Behörden in Hamburg und Lübeck, welche selbständig die direkte Verbindung mit der Deutschen Wirtschaftskommission in Berlin aufgenommen haben. Von besonderem Wert ist es, daß diese so notwendigen Schritte schon früh erfolgten, zu einer Zeit, wo die verantwortlichen Männer in Frankfurt noch passiv und abwartend, die Hände in den Taschen, auf irgendwelche „höheren“ Befehle warteten.

Das „Handelsblatt“ schrieb, daß „die gesamte westdeutsche Wirtschaft durch die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen mit Berlin und der Ostzone neue Impulse erhalten wird.“ Damit wird von Wirtschaftlern der Praxis den Vertretern der Mehrheitsparteien eine wirtschaftsschädigende Haltung vorgewor-

fen, denn diese haben noch vor wenigen Tagen den Antrag der KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat abgelehnt. Der Antrag fordert: Maßnahmen zu ergreifen zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit der sowjetischen Besatzungszone und den ost- und südosteuropäischen Staaten!

Es ist nicht zuletzt die Folge der vollständigen Unterbindung des West-Ost-Handels, daß sich die wirtschaftliche Lage vieler Unternehmen in den letzten Monaten katastrophal verschlechtert hat.

Die KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat hat in der Begründung zum obigen Antrag eine Menge wertvolles Tatsachenmaterial angeführt, und der Vorsitzende der KPD-Fraktion, Fritz Rische, konnte trotz der Behinderung durch den Wirtschaftsrat auf einer Pressekonferenz dieses Material der Öffentlichkeit übergeben.

Der Rückgang der Wirtschaft Westdeutschlands wird in den letzten Wochen offiziell von Organisationen der Wirtschaft bestätigt.

Im Lagebericht der Industrie- und Handelskammer für das südöstliche Westfalen heißt es:

„Beide Gruppen (Elektro- und Konsumgüterindustrie) melden einen seit Jahresbeginn teilweise vollständigen Stillstand der Nachfrage, teilweise sogar eine bis zu

95 Prozent gehende Annullierung alter Aufträge. Ähnliche Verhältnisse liegen bei den Akkumulatorenfabriken vor.“ Daß der Rückgang der Wirtschaft mit der Unterbindung des Interzonenhandels eng verknüpft ist und damit die Dringlichkeit des KPD-Antrages im Wirtschaftsrat bewiesen wird, zeigt auch ein Geschäftsbericht der Jota-Werke in Düsseldorf, in dem es heißt:

„Von der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen der Ostzone verspricht sich das Unternehmen eine wesentliche Erleichterung in der augenblicklichen Absatzkrise“ (Handelsblatt vom 10. 5. 1949) Die Aufhebungen der Beschränkungen im Interzonenhandel sind aber nur Anfangserfolge der notwendigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der gesamten deutschen Wirtschaft. Die geforderte Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Staaten ist der einzige Weg, aus der Not herauszukommen.

Wir wissen, daß für Westdeutschland dieser Weg augenblicklich zugemauert ist durch die JEIA-Beschränkungen des Außenhandels und durch Anordnungen anderer alliierter Behörden und den KPD-Antrag im Wirtschaftsrat nötig machte.

Eine stärkere Betonung dieser KPD-Forderung in der Öffentlichkeit ist notwendig

und muß zur Forderung der deutschen Wirtschaft an die am 23. Mai beginnenden Außenministerkonferenz in Paris werden, um den gesamtdeutschen Willen zur Wiederaufnahme des Ost-West-Handels im Interesse der gesamtdeutschen Wirtschaft aufzuzeigen. Die Verhandlungen westdeutscher Betriebsräte mit der deutschen Wirtschaftskommission zeigen, daß die Diskussion dieser Frage nicht nur in der Wirtschaftspresse geführt wird, sondern daß bei den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in allen Parteien von der Notwendigkeit des West-Ost-Handels gesprochen wird.

Die Wirtschaft der Ostzone, geführt von der deutschen Wirtschaftskommission hat schon längst die notwendigen Handelsbeziehungen zu Ost- und Südosteuropa in dem erforderlichen Umfang aufgenommen.

Viele Handelsstatistiken beweisen, daß die Länder Westeuropas in immer steigendem Maße den Außenhandel mit Ost- und Südosteuropa bevorzugen.

So ist z. B. nach Angaben des belgischen Industrieverbandes „Industrie“, die belgische Einfuhr aus der UdSSR von 52 Millionen bfrs. im Jahre 1946 auf 2200 Millionen bfrs. im Jahre 1948 gestiegen. Belgische Ausfuhren nach der UdSSR, die von 9 Millionen bfrs. im Jahre 1946 auf 886 Millionen bfrs. im Jahre 1948 stiegen, zeigen die großen Möglichkeiten des Ost-West-Handels.

Warum soll der westdeutschen Wirtschaft verboten bleiben, was die Ostzone und die meisten Länder Westeuropas zum Ausbau ihrer Wirtschaft schon längst durchführen.

Die der westdeutschen Wirtschaft von der JEIA auferlegten Beschränkungen, die eine entsprechende Entwicklung der westdeutschen Außenhandels verhindern, zu beseitigen, ist eine Aufgabe der Außenministerkonferenz in Paris.

Die KPD-Fraktion im Wirtschaftsrat hat mit dem Antrag zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit der sowjetischen Besatzungszone und den ost- und südosteuropäischen Ländern die notwendige Richtung des deutschen Außenhandels aufgezeigt.

Das Verlangen der deutschen Wirtschaftskommission — die Wiederaufnahme des Interzonenhandels durch sofortige direkte Verhandlungen zwischen Zweizonenverwaltung und deutscher Wirtschaftskommission zu beschließen — ist von der Verwaltung der Bizone angenommen worden. Einem regen Interzonenhandel ist der Weg nicht mehr versperrt.

Die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens: die Einrichtung zentraler Verwaltungsstellen für Gesamtdeutschland, die Vereinheitlichung der deutschen Währung und die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit sind notwendige Voraussetzungen für die Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft und die wirtschaftlichen Forderungen Deutschlands an die Pariser Außenministerkonferenz. H. H.

Nenni übernimmt Führung der italienischen Sozialisten

Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten eine Notwendigkeit

Florenz. Auf dem 28. Landeskongreß der italienischen Sozialisten in Florenz siegte der fortschrittliche linke Flügel der Partei. Pietro Nenni und Lello Basso übernahmen wieder die Führung.

Der Landesparteitag wählte ein neues Direktionskomitee, dessen 21 Mitglieder ausschließlich den fortschrittlichen Sozialisten angehören. Von den gewählten 80 Mitgliedern des Zentralkomitees gehören 41 dem linken Flügel an und 31 der gemäßigten Mitte. Die dem rechten Flügel vorbehaltenen acht Sitze wurden nicht besetzt, da die Gruppe um Romita keine Kandidaten namhaft gemacht hatte.

Die Nenni-Sozialisten treten für eine enge Zusammenarbeit mit der Kommunisti-

schon Partei Italiens ein. Sie stimmten gemeinsam mit der Kommunistischen Partei gegen den Eintritt Italiens in den Atlantikpakt.

Auf dem Parteitag sprach auch der erste Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Togliatti. Er betonte, daß die Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Kommunisten eine Notwendigkeit sei. Die Kommunistische Partei habe keineswegs die Absicht, die Sozialistische Partei in den Hintergrund zu drängen und aus ihr ein Anhängsel

der KP zu machen. Togliatti sagte, eine Entspannung in Italien könne nur auf dem Boden der Verfassung gefunden werden, wenn die Regierung den Arbeitern ihre Rechte garantiere.

Auf diesem entscheidenden Parteitag der Sozialisten Italiens waren 80 Delegierte aus allen italienischen Provinzen, sowie Vertreter sozialistischer Parteien aus Frankreich, Großbritannien, Schweiz, Schweden, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und des republikanischen Spaniens anwesend.

Die „königliche“ Sozialdemokratie

Die belgische Abgeordnetenkammer mit ihrem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Spaak bewilligte für den Nazikollaborateur und daher im Schweizer Exil lebenden Exkönig Leopold 6 Millionen Francs Unterstützung jährlich. Es zeigt sich wieder einmal, daß die „Bestrafung“ von Nazi-Kollaborateuren doch recht unterschiedlich gehandhabt werden kann.

Ein unhöflicher Cavalier

Am Tage ihrer goldenen Hochzeit wurde der betagten Braut von einem früheren Liebhaber eine Karte mit den Worten: „Erinnerung an die unvergessliche Nacht des Jahres 1898“ überreicht. Als ihr Mann Kenntnis von dem Inhalt dieser Karte erhielt, verdrosch er sein Ehegespons nach Strich und Faden. (NVZ)

Hauptsache — ein Geschäft!

„An alle Sonntags-Autofahrer!“ wandte sich eine Anzeige in der amerikanischen Zeitschrift „Your Weekly Guide to Cap Cod“, die folgenden Text hatte: „Sollten Sie einen Arm oder ein Bein brechen, so versäumen Sie nicht, sich den Gipsverband von Ihren Freunden signieren zu lassen. Sobald derselbe abgenommen wird, senden Sie ihn uns bitte zu. Wir werden daraus — ganz nach Wunsch — eine schöne unzerberbrechliche Lampe, eine Vase oder einen Schirmständer anfertigen.“ (Neckarpost)

Erst Notopfer, dann Nötigungssteuer!

Mächtig schlug die Freude Wogen
Ohne Nacht im Monat Mai,
Als die Schranken hochgezogen
Und Berlin war wieder — „frei“.
Hundert von Millionen
Mußt' das Volk in Steuern fronzen
Dem Phantom: „Berlin in Not!
Helft Berlin! Sonst wird es rot!“

Nun des „Opfers“ Zweck entschwinden,
Hat der schlaue Steuerklausurist
Einen neuen Dreh gefunden:
„Sozialer Wohnungsbau“.
Wohnabgabe, Wohnbauparen,
Überstundenschicht verfahren?
Das genügt dem Teufel nicht!
Deshalb: Wohnbau - Steuerpflicht!

Lohnempfänger haust in Höhlen,
Ohne Bettzeug und Gerät,
Muß sich hungernd, darbdend quälen,
Daß der Geldsack wieder steht.
Jenen soll durch seine Steuern
Er den Wohnkomfort erneuern,
Die an Blut und Tod verdient,
Deren Schuld noch nicht gestühnt!

Der sich produktiv betätigt,
Seiner Arme Kraft nicht schont,
Selbst in Not ist, wird genötigt,
Wird mit Teufels Dank belohnt,
Wird mit Andrer Last beladen,
Trägt zum Spott auch noch den Schaden!
Selbst der Esel läuft nicht Trab:
Was zu schwer ist, wirft er ab!

Itzig

Zweierlei Praktiken der Karlsruher Stadtverwaltung

Warum zahlt die Stadtverwaltung einem Teil ihrer Arbeiter nicht die Ueberbrückungshilfe? — Ein Antrag der kommunistischen Stadtratsfraktion

Die Karlsruher Stadtverwaltung leistet sich in der Entlohnung ihrer Arbeiter ein starkes Stück. Sie nimmt einfach einen Teil dieser von den tariflich für verbindlich erklärten Leistungen aus. Die Jungschaffner und Notstandsarbeiter bekommen die seit Monat Februar an alle städtischen Arbeiter und Angestellten zu bezahlende monatliche Ueberbrückungshilfe nicht. Vier Monate wird den beiden Arbeiterkategorien die Auszahlung vorenthalten. Einen Grund dafür gibt es nicht. Auch in anderen Städten hat man seit Jahren unter dem Fahrperson relativ junge Schaffner. Der Begriff Notstandsarbeiter verneint auch ein normales Arbeitsverhältnis nicht.

Die Teuerung bekommt jeder Arbeiter zu spüren. Der Sinn einer Teuerungszulage besteht darin, die Auswirkungen der Teuerung etwas zu mildern. Daraus folgt, daß die Teuerungszulage jedem gewährt werden muß. Die mögliche Konstruktion von Gründen, wie sie die Stadtverwaltung Karlsruhe vornimmt, nämlich zwischen fest angestellten und nicht fest angestellten Arbeitern zu unterscheiden, ist, wenn es sich um die Zahlung der Teuerungszulage dreht, hanebüchen und maßlos reaktionär.

Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Töpfer in Karlsruhe setzt uns immer mehr in Erstaunen. Daß die Zahlung der Teuerungszulage für die beiden Arbeitergruppen ein Streikobjekt ist, spricht allein schon für sich. Daß aber auf die wiederholten

Vorstellungen und Forderungen dieser Arbeitsgruppen Oberbürgermeister Töpfer den Fluchtweg beschritten hat, statt die Kommunale Arbeitsrechtliche Vereinigung in Stuttgart zur Entscheidung in dieser Angelegenheit anzurufen, übersteigt alles. Uns scheint, der Stadtrat in Karlsruhe versäumt in der Angelegenheit zu tun, was ihm obliegt. Er hat der Stadtverwaltung auf die Finger zu sehen und ihr klar zu machen, was rechtens und sozial selbstverständlich ist.

Die kommunistische Stadtratsfraktion in Karlsruhe hat sich der Angelegenheit angenommen. Sie hat einen Antrag gestellt, der die sofortige Auszahlung der Ueberbrückungshilfe an die beiden Arbeitergruppen verlangt. Die noch ausstehende Geschäftsordnung des Karlsruher Stadtrats wird — so darf man hoffen — nicht der Vorwand sein, die dringliche Angelegenheit zu verschleppen. Dies ist ein Wort, das an den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Töpfer gerichtet ist.

Höhlenbewohner und Unterernährte — aber „wir bleiben gesund“

Man hat den traurigen Mut besessen, in einer Stadt, in der nach amtlichen Angaben die „furchtbare Tragik der Wohnungsnot“ sich in 30 000 fehlenden Wohnun-

gen ausdrückt, in der noch Tausende und Abertausende zusammengepfercht hausen müssen, ja noch als moderne Höhlenbewohner in Kellern und Hausruinen dahin vegetieren, eine Hygiene-Ausstellung zu veranstalten. Das ist ungefähr ebenso, wie wenn man einem Halbverhungerten, der sich kaum noch ein Stückchen Brot kaufen kann, einen Kochkurs vorführt, in dem die leckersten, nahrhaftesten Gerichte zubereitet werden. Da erscheinen dann die hohen Herren Ministerialräte und Obermedizinalräte und Chefärzte usw. und warnen vor den Gefahren der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten, und viele weise Ratschläge werden erteilt. Denn die Ratschläge sind ja so billig und Wohnungen für die am schwersten von gesundheitlichen und sittlichen Gefahren bedrohten Menschen zu bauen, ist ja viel undankbarer, als nutzlose Aufträge zu erlassen und auf dem Papier verbindliche Bebauungspläne zu entwerfen! Die Hauptsache ist ja, daß in den vielen neuen Metzgerläden, Konditoreien, Cafés, Eisdielen, Büros und Kinos alles komfortabel und hygienisch ist. Wie sich die Menschen, die nun schon jahrelang unter den allerschlimmsten Verhältnissen hausen müssen, an Leib und Seele gesund erhalten können, davon haben die hochgelehrten Herren vom Gesundheitsamt usw. nicht gesprochen. Da sind sie nämlich mit ihrem Latein am Ende, obgleich sie ja schon von Berufs wegen am besten wissen müßten, daß man die Brutstätten, die Keime der Krankheiten beseitigen muß, wenn man dem Uebel wirklich zu Leibe gehen will. Die Vielseitigkeit der Ausstellung wird gerühmt, aber „bewußt“ habe man das Ekelregende bei der Darstellung vermieden, um die Gefühle der Aesthetik nicht zu verletzen.“ Die Gefühle der Aesthetik und der Ethik in den überfüllten Notwohnungen, Kellerlöchern, Bunkern und sonstigen Unterschlüpfen der Wohnungssuchenden sein müssen, darüber schweigt man diskret hinweg und deckt den Mantel der „christlichen Nächstenliebe“ darüber. Bei dem jetzigen Bautempo — dem bereits durch andere Fälle berichtigt gewordenen „Sofortmaßnahmen“-Tempo — wird es noch Jahrzehnte dauern, bis auch nur die dringendste Wohnungsnot beseitigt ist. Mit Ausstellungen und den dabei üblichen prägnanten Festreden ist es nämlich nicht getan. Dazu gehört Geld und das muß von dorthin geholt werden, wo es im Ueberfluß ist. Solche Ausstellungen und die dabei gehaltenen

Forrestal beging Selbstmord

Im Washingtoner Marinehospital hat sich der bis zum 1. April dieses Jahres als Verteidigungsminister der USA fungierende James Forrestal aus dem Fenster seines Zimmers gestürzt. Forrestal ist tot.

Nach den früheren Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und vor allen Dingen nach den Kommentaren, die der bekannte amerikanische Rundfunkkommentator Pearson gegeben hat, ist anzunehmen, daß der frühere Staatssekretär im Verteidigungsministerium in geistiger Umnachtung Selbstmord begangen hat. Die Sorge des amerikanischen Volkes beim Bekanntheit werden des zerrütteten Geisteszustandes Forrestals galt damals der Frage, ob er nicht bereits als entscheidender Mann des Schlüsselministeriums der USA-Regierung in seinem Verstand getrübt gewesen sei. Der tragische Abschluß des Lebens James Forrestals durch Selbstmord läßt wohl sehr viele Amerikaner das Gefühl beschleichen, wie es in unserem bekannten Gedicht der „Reiter des Bodensees“ hatte, als er nachträglich erfuhr, welcher Gefahr er entronnen war. Mit James Forrestal ist einer der stärksten Männer der amerikanischen Kriegspartei aus dem Leben geschieden. Präsident Truman nannte ihn seinen Freund und bezeichnete seinen Tod als ein Opfer des Krieges, genau in dem Sinne, wie vor ihm amerikanische Soldaten an der Front gefallen sind.

Für James Forrestal ist ein Staatsbegräbnis festgesetzt. —ii—

Der überraschte „Ehbrecher“

Ein 50jähriger hatte sich im Scheidungsprozeß einer Frau auf deren Wunsch als ihren Ehemann ausgegeben, Ehebruch eingestanden und sich rechtskräftig von ihr scheiden lassen. Als der wirkliche Ehemann später aus der Kriegsgefangenschaft kam, mußte er zu seiner Ueberraschung erfahren, daß er ohne sein Zutun wegen Ehebruchs geschieden war. (NVZ)

Schafskopfkonzurrenz

In Murnau (Oberbayern) wurde das bisher größte „Schafskopfspiel“ der Welt durchgeführt. Infolge des großen Zuspruches, und da inzwischen einige Städte das Recht für sich in Anspruch genommen haben, die größten Schafsköpfe zu besitzen, sollen in diesen Städten weitere „Schafskopfspiele“ ausgetragen werden.

Reden kann man am besten mit Goethes Wort kennzeichnen:

„Ja eure Reden, die so blinkend sind, in denen ihr der Menschheit Schnitzel kräuselt ...“

Argus



Kurz beleuchtet

In der Ecke eines Personalzuges... diese ich vor mich hin. Das eintönige Rattern des Zuges wirkt unheimlich einschläfernd. Noch dazu, wenn es drinnen und draußen stockfinster ist.

„Sie rauchen ja!“ „Auffallend gut beobachtet, Herr Bahn.“ „Werden Sie nicht noch unverschämt — hier ist Nichtraucher!“

„Irrtum“, der Uniformierte leuchtet auf die Bank gegenüber. „Hier steht deutlich Nichtraucher.“

„Draußen am Wagen steht aber Raucher.“

„Das interessiert mich nicht — was drin steht ist maßgebend.“

„In der Finsternis hier kann man aber beim besten Willen nichts sehen, falls Sie das berücksichtigen wollen.“ Mein schlagendes Argument sitzt. „Hm — aber beim nächsten Mal —“, der Schaffner murmelte eine unbestimmte Drohung vor sich hin und verschwindet.

„Hier ist Nichtraucher!“

„Bitte, lesen Sie“, beruhigt zeigte ich auf bewußtes Schild.

„Das stimmt nicht. Außen am Wagen steht deutlich Nichtraucher und nebenan im Abteil auch.“

„Aber Ihr Kollege neulich sagte —“

„Das will ich gar nicht wissen. Wenn am Wagen Nichtraucher steht, ist es eben Nichtraucher.“

„Von zwei Mark sagte er Gott sei Dank nichts.“

Ich rauche überhaupt jetzt nicht mehr in der Bahn. Auf die Dauer bin ich der uniformierten Logik nicht gewachsen.

Es ist nicht so schlimm...

wenn gefärbte Kleidungsstücke nicht ganz farb-echt sind und man beim Schwitzen einmal die weiße Unterwäsche verdorben hat. — Meist wirkt dann eine Rasenleiche Wunder. Sie bessert das Uebel auf jeden Fall, und etwaige verbleibende Spuren beseitigt Entfärner, den man jetzt schon wieder gelegentlich kaufen kann.

Wenn der Teppich unter den Füßen der Möbelstücke verfilzte Stellen aufweist. Der Schaden läßt sich leicht beheben, wenn man die betreffenden Stellen über einem feuchten Lappen mit sehr heißem Bügeleisen aufdünstet.

Das haben Sie doch auch schon erlebt! Ihnen gefällt ein Kleid, es wird gekauft und dann paßt es nicht zu Ihnen. Meist liegt das daran, daß die Trägerin nicht genau weiß, was zu ihrem Teint, zum Wesen, und in nicht zu unterschätzendem Maße vor allem zu ihrem Haar paßt.

Welche Farbe kleidet mich

Das haben Sie doch auch schon erlebt! Ihnen gefällt ein Kleid, es wird gekauft und dann paßt es nicht zu Ihnen. Meist liegt das daran, daß die Trägerin nicht genau weiß, was zu ihrem Teint, zum Wesen, und in nicht zu unterschätzendem Maße vor allem zu ihrem Haar paßt.

Magier der Farbe

Emil-Nolte-Aquarelle in der Gallerie Probst „Es ist der Künstler ein sensibles, licht- und wärmescheues Wesen, oft leidend, sich verzehrend in Sehnsucht!“

Blondinen kleiden alle Pastellöne gut, Schwarz nur zu weichen Gesichtern, aber Marineblau, wenn es weich und warm getönt ist.

Schwarzhäarige dürfen alle Rotnuancen tragen, vom feurigen Flammerton an gerechnet bis zur roten Weinfarbe.

Blondinen kleiden alle Pastellöne gut, Schwarz nur zu weichen Gesichtern, aber Marineblau, wenn es weich und warm getönt ist.

Blondinen kleiden alle Pastellöne gut, Schwarz nur zu weichen Gesichtern, aber Marineblau, wenn es weich und warm getönt ist.

Blondinen kleiden alle Pastellöne gut, Schwarz nur zu weichen Gesichtern, aber Marineblau, wenn es weich und warm getönt ist.

Aus Evas Tagebuch / Von Mark Twain

Bevor unsere Leser mit der Lektüre nachstehender Enthüllungen beginnen, mögen sie freundlichst zur Kenntnis nehmen, daß der Name Mark Twain nicht etwa ein Pseudonym von Luis Trenker ist.

Sonnabend. — Gestern nachmittag wollte ich sehen, was es mit diesem Wesen eigentlich auf sich hat. Aber ich konnte nichts feststellen.

Zuerst hatte ich vor ihm Angst und war immer bereit davonzulaufen, sobald es sich einmal umdrehte.

Am Sonntag darauf. — Die ganze Woche hindurch bin ich ihm gefolgt und habe versucht, mit ihm bekannt zu werden.

Montag. — Heute morgen sagte ich ihm meinen Namen, hoffte, daß ihn das interessieren würde.

Dienstag. — Den ganzen Morgen hindurch habe ich mir auf dem Besitz zu schaffen gemacht und hielt mich in der Hoffnung fern, daß er sich allein fühlen und kommen würde.

Mittwoch. — Ich versuchte für ihn einige jener Äpfel herunterzuholen, aber ich kann doch nicht lernen, genau zu zielen.

Donnerstag. — Mein erster Kummer. Gestern mied er mich und schien nicht zu wünschen, daß ich mit ihm spräche.

Freitag. — Am letzten Montag bei Einbruch der Nacht sah ich ihn wieder für



Vor dem Antlitz des Lebens / Von Maxim Gorki

„Halt ein!“ sprach das Leben mit fühlosem Lächeln. „Du redest viel zuviel — alles was du sonst noch sagen könntest, ist mir schon bekannt.“

„Ich bin empört über die Grausamkeit deiner Widersprüche, vergeblich versucht mein Verstand, den Sinn des Daseins zu erfassen.“

„Das Glück verlange ich! ... Damit ich glücklich werde, ist erforderlich, daß du zwei Gegensätze meiner Seele miteinander verbindest.“

„So rede doch einfacher, ohne Umschweife“, sprach der andere, der näher dem Leben stand.

„Ich verlange nach Freiheit — ich will in Harmonie mit meinen Wünschen leben — ich will nicht aus Pflichtgefühl Bruder oder Knecht meines Nächsten sein.“

„Ich will aber dein Opfer nicht sein!“ rief der Mensch. „Ich will Herr und Gebieter des Lebens sein — und soll meinen Nacken unter das Joch seiner Gesetze beugen ... warum das? ...“

„So rede doch einfacher, ohne Umschweife“, sprach der andere, der näher dem Leben stand.

„Ich verlange nach Freiheit — ich will in Harmonie mit meinen Wünschen leben — ich will nicht aus Pflichtgefühl Bruder oder Knecht meines Nächsten sein.“

„Ich will aber dein Opfer nicht sein!“ rief der Mensch. „Ich will Herr und Gebieter des Lebens sein — und soll meinen Nacken unter das Joch seiner Gesetze beugen ... warum das? ...“

„Du bittest . . . wie ein Bettler von Profession; aber, du Aermster, ich muß dir sagen, daß das Leben keine Almosen gibt.“

„Er hatte begriffen, wie ein Hund legte er sich zu Füßen des fühllos kalten Lebens nieder, um bescheiden die Brocken aufzuschnappen.“

„Um was bittest du?“ fragte das Leben. „Ich bitte nicht, ich fordere.“

„Gerechtigkeit! Wo ist sie? Gib sie her! Alles übrige nehme ich mir später, vorläufig bedarf ich nur der Gerechtigkeit.“

„Was denn?“ „Gerechtigkeit! Wo ist sie? Gib sie her! Alles übrige nehme ich mir später, vorläufig bedarf ich nur der Gerechtigkeit.“

„Ich bitte darum“, tönte es wie ein Echo von den Lippen des Menschen.

Das Lächeln der Maria / Von Ernst Pieritz

Der liebe Gott muß in einer fröhlichen Stimmung gewesen sein, als er das reizende Geschöpf der Welt schenkte.

Ich versuchte alle möglichen Tricks, mich Maria zu nähern; aber immer durchschaute sie mich und vereitelte mein Vorhaben.

„Bald buhlte ich um die Gunst der Angebetenen mit kleinen Geschenken, und da die Evastrichter besonders für Süßigkeiten empfänglich sind, kaufte ich eine Schachtel Pralinen.“

„Ich nahm die sich verzweifelt Wehrende auf meine Schulter, setzte sie auf meinen Kopf, hoch sie hoch in die Luft, rannte mit ihr durchs Zimmer, tanzte mit ihr.“

„Unter den geladenen Gästen befand sich auch der dicke Meißner. Er hatte zwei Tüten Kuchenkrümel mitgebracht.“

„Selbst ein Vierspänner kann ein gesprochenes Wort nicht mehr einholen.“

„Der Schweine Metzger wird immer gern über Schweine sprechen.“

„Wenn ein Narr Eile hat, wird er seinen Tee mit der Gabel auslöffeln wollen.“

„Du bittest . . . wie ein Bettler von Profession; aber, du Aermster, ich muß dir sagen, daß das Leben keine Almosen gibt.“

„Er hatte begriffen, wie ein Hund legte er sich zu Füßen des fühllos kalten Lebens nieder, um bescheiden die Brocken aufzuschnappen.“

„Um was bittest du?“ fragte das Leben. „Ich bitte nicht, ich fordere.“

„Gerechtigkeit! Wo ist sie? Gib sie her! Alles übrige nehme ich mir später, vorläufig bedarf ich nur der Gerechtigkeit.“

„Was denn?“ „Gerechtigkeit! Wo ist sie? Gib sie her! Alles übrige nehme ich mir später, vorläufig bedarf ich nur der Gerechtigkeit.“

„Ich bitte darum“, tönte es wie ein Echo von den Lippen des Menschen.

Chinesische Spruchweisheit

Wer sich selbst sieht, der hat gute Augen.

Die blasseste Tinte ist besser als das ausgezeichnete Gedächtnis.

Selbst ein Vierspänner kann ein gesprochenes Wort nicht mehr einholen.

Der Schweine Metzger wird immer gern über Schweine sprechen.

Wenn ein Narr Eile hat, wird er seinen Tee mit der Gabel auslöffeln wollen.

einem Augenblick. Ich hoffte, daß er mich dafür belobigen würde, daß ich seinen Besitz so gut in Ordnung hielt.

Nach dem Sündenfall Wenn ich zurückdenke, so erscheint mir der Garten wie ein Traum.

Im Grunde ist er gut. Ich liebe ihn dafür, aber ich würde ihn auch noch lieben, wenn er mich schlagen und mißbrauchen würde.

So denke ich heute. Aber ich bin nur ein Mädchen und das erste, das über diese Fragen nachgedacht hat.

Vierzig Jahre später. — Dies ist meine ständige sehnliche Bitte: daß wir dereinst gemeinsam aus diesem Leben scheiden können.

Wenn aber der eine von uns zuerst gehen muß, so flehe ich, daß ich es sein darf. Er ist stark.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Ich bin schwach. Er braucht mich nicht so notwendig wie ich ihn. Ein Leben ohne ihn würde für mich kein Leben mehr sein.

Und auch diese Bitte ist unsterblich und wird so lange ausgesprochen werden, als mein Geschlecht auf Erden besteht.

Schach Problem Nr. 16. Urdruck Willi May, Mannheim. Matt in zwei Zügen. Unsere heutige Aufgabe ist eine Jubiläumsaufgabe unseres Mannheimer Komponisten.

Kontrollstellung: Weiß: K7, D6, Ta3, L4, La8, h2, Sb2, c5, Bd7, e3, f7 (11); Schwarz: Kd6, De6, Td1, Lf6, Se4, f2, Bb3, c6, c7, e7, g4 (11). Lösung der Aufgabe Nr. 15: 1. Te2-c2, Lc3, 2. Tb4, 1... Te3, 2. Tg4. Turm und Läuter Verstellung.

Geistlichkeit und Weltfriedenskongreß

Als Vertreter des Friedensbundes deutscher Katholiken hat an dem Pariser Weltfriedenskongreß Theologieprofessor Dr. Rauer teilgenommen. Ueber seine Eindrücke befragt, berichtete er, daß auch aus den westlichen Ländern Geistliche der verschiedenen christlichen Bekenntnisse in ansehnlicher Zahl vertreten waren. Besonders stark war die italienische Delegation, in der sich viele befanden, die sich ausdrücklich als Nichtkommunisten bezeichneten. Die Geistlichen aller Bekenntnisse traten zusammen und arbeiteten eine Deklaration aus, in der vom christlichen Standpunkt aus an das Gewissen der Völker appelliert wird, den Frieden zu erhalten. Die Deklaration hatte auf dem Kongreß einen starken Erfolg, wie auch das rednerische Auftreten jedes Geistlichen mit stürmischem Beifall bedacht wurde. Prof. Dr. Rauer gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Beteiligung geistlicher Vertreter an dem Weltfriedenskongreß von großer Wichtigkeit war, und erklärte weiter, er fühle sich glücklich, festgestellt zu haben, daß der überwiegende Teil der katholischen Bevölkerung Europas den Frieden sucht und mit allen Mitteln für ihn arbeiten wird. Das große Erlebnis, das er mit nach Hause bringe, sei, daß trotz weltanschaulicher Gegensätze die Vertreter aller Konfessionen sich im Wunsch nach Frieden völlig einig sind.

Der Dompropst von Schwerin, P. Kleinschmidt, betonte in einem Interview, daß auf dem Pariser Friedenskongreß zum ersten Male eine Friedensresolution von Vertretern aller Bekenntnisse beschlossen wurde, in der mit aller Klarheit ein Bekenntnis zum Frieden abgelegt worden sei. „Das Schönste auf dieser Welt ist ein freilebendes Volk in voller Aktion. Wir haben Vertreter von 72 Völkern in voller Aktion gesehen. Mein höchster Wunsch ist es, daß auch mein deutsches Volk in volle Aktion tritt.“

haben Vertreter von 72 Völkern in voller Aktion gesehen. Mein höchster Wunsch ist es, daß auch mein deutsches Volk in volle Aktion tritt.“

Aus dem Arbeitsgericht

Ein Betriebsrat, der durchgreift

„Der Betriebsrat ist schuld, daß wir entlassen worden sind“, behaupteten zwei Frauen vor dem Mannheimer Arbeitsgericht. Es handelt sich um die Stäg (Staatliche Erfassungsgesellschaft) Zweigstelle Sandhofen. Die beiden Klägerinnen waren dort für den Sicherheitsdienst tätig, sie mußten die weibliche Belegschaft beim Verlassen des Betriebes kontrollieren. Wie sie das machten, das führte gelegentlich zu Beschwerden der weiblichen Belegschaft. Der Betriebsrat tat was seine Pflicht war, veranlaßte eine Untersuchung, die den Beweis für die Richtigkeit der vorgebrachten Beschwerden erbrachte. Die beiden Frauen

durften bei der Torkontrolle nicht mehr beschäftigt werden. Bei den notwendig werdenden Massentlassungen — die Stäg befindet sich in Liquidation und mehr als 600 Arbeiter mußten bereits in Sandhofen ausscheiden — waren auch die beiden Frauen dabei. Der Leiter des Sicherheitsdienstes in Sandhofen, Herr Hesse, wollte seine Schützlinge in einer anderen Zweigstelle unterbringen. Die Hauptleitung in Stuttgart gab anscheinend dazu ihre Zustimmung. Die „bösen“ Betriebsräte der Zweigstelle wehrten sich dagegen, denn sie wollten nicht einsehen, daß ausgerechnet diese beiden Frauen eingestellt werden sollen in einer Situation, in der weitere Entlassungen bevorstehen.

Nicht un widersprochen können wir den Standpunkt des Arbeitsrichters lassen, der meinte, daß die Firma trotz des Widerspruchs des Betriebsrates die beiden Klägerinnen hätten unterbringen müssen. Das hat uns gerade noch gefehlt, daß das Mit-

bestimmungsrecht der Betriebsräte auch von dieser Seite torpediert wird.

Die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht zeigte im übrigen, daß der Betriebsrat bei der Stäg auf dem Damms ist. Der Betriebsrat läßt Übergriffe des Sicherheitsdienstes nicht durchgehen, sondern besteht darauf, daß Anordnungen, die die Belegschaft betreffen, nur mit seiner Zustimmung getroffen werden dürfen. Das mußte auch Herr Hesse, dem man den ehemaligen Offizier von Weitem ansieht, erfahren. Hesse glaubte über den Kopf des Betriebsrates hinweg einschneidende Maßnahmen gegen die Belegschaft (Neuabstempelung der Kleider) treffen zu können. Er wurde belehrt, daß der Betriebsrat der Stäg sich nicht ausschalten läßt und auf seinem Bestimmungsrecht besteht. Der Prozeß selbst wurde vertagt. Das Arbeitsgericht will noch weitere Beweise über die Rechtmäßigkeit der Entlassung erheben.

AUFRUF

Mannheim baut Wohnungen jeder hilft mit!

Bis zur Währungsreform Geld, aber kein Material und keine Arbeiter, jetzt Material und Arbeiter, aber kein Geld.

Also: SPART GELD! — Wir bauen Wohnungen.

Weniger Steuer zahlt, wer steuerbegünstigt spart!

- Vorteile des Sparens bei der Sparkasse für sozialen Wohnungsbau: Bildung einer Rücklage für Sonderanschaffungen, Höherer Zinsertrag, Garantie der Stadt Mannheim, Beständigkeit der Einlagen, Miteigentum an neuerrichteten Bauten, Steuerersparnis durch steuerbegünstigtes Sparen, Förderung des Wohnungsbaues.

Wer soll sparen?

- Jeder, der eine Wohnung benötigt, Jeder, der eine bessere Wohnung haben will, Jeder, der seine Wohnung allein bewohnen will, Jeder, der Mieterhöhung vermeiden will.

Welche Beträge sind nötig?

Jeder kleinste Betrag ist willkommen! Wenn 132 000 Berufstätige in Mannheim sparen: monatlich nur DM 1,— insges. DM 1 560 000,— jährl. wöchentlich DM 1,— insges. DM 6 864 000,— jährl. monatlich DM 10,— insges. DM 15 600 000,— jährl.

Die Wohnungsnot ist unsere gemeinsame Not — sie zu beheben, machen wir alle mit!

Oberbürgermeister und Stadtrat

- Sozialdemokratische Partei, Demokratische Volkspartei, Industrie- und Handelskammer, Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden, Ortsausschuß Mannheim, Verband des Einzelhandels e. V.

- Christlich-Demokratische Union, Handwerkskammer Mannheim, Konsumgenossenschaft Mannheim, Hotel- und Gaststättengewerbe Mannheim

Die Hauptgewinner

- unseres Preisausschreibens geben wir hiermit bekannt: 1. Lilli Karst, Mhm., U 6, 24; 2. Erich Böckenhaupt, Mhm., Rheinhäuser Str. 33; 3. H. Jung, Ks., Bahnhofstr. 13; 4. Anna Jeckel, Wallstadt, Wallstädter Str. 165; 5. Artur Schulz, Mhm., Luisenring-Bänker; 6. Karl Dittus, Friedrichsfeld, Rappoldswälder Str. 5; 7. Joh. Geiß, Mhm., Spatenstr. 6; 8. Karl Lambrecht, Heidelberg, Kriegsstr. 10; 9. Rich. Wurst, Mh., Mainstr. 57; 10. Manfred Hochwarth, Neck., Wörthstraße 1a; RADIO AICHMEYER Mannheim, Qu 7, 15

Ihre Beträge

repariert, verstärkt u. bespannt neu HCH. HEITMANN Waldhofstraße 18, Telefon 52265

Bald ist Pfingsten. Wir haben gut vorge-sorgt mit schönen modischen und preiswerten Angeboten! BRAUN MANNHEIM - K1, J-3



„Wundsein kenne ich nicht mehr!“

Herr Christian Gierling, Hochkirchen, schreibt: „Bin 100 % kriegsbeschädigt. Ließ mich dauernd wund, bekam schmerzhaft Schwellungen u. Entzündungen. Seitdem ich aber Klosterfrau-Aktiv-Puder benutze, kann ich 8 bis 9 km weit beschwerdefrei laufen. Wundsein kenne ich überhaupt nicht mehr.“ Klosterfrau-Aktiv-Puder ist erhältlich in Apotheken u. Drogerien. Klosterfrau-Meissengeist, das altbewährte Hausmittel für Kopf, Herz, Magen, Nerven wieder lieferbar für Kopf, Herz, Magen, Nerven wieder lieferbar.



Pockenschutzimpfung

Alle ab 1. Juni 1949 geborenen Kinder, die noch nicht erstmalig gegen Pocken geimpft wurden, und auch keine besondere Einladung erhalten haben, sind wie folgt zur Impfung vorzustellen: Di., 31. Mai 1949, 13.30 Uhr, Innenstadt einschl. Neckarspitze; Nachschau: Di., 7. Juni 1949, 13.30 Uhr, Sickingerschule (U-Schule). Do., 2. Juni 1949, 13.30 Uhr, Neckarstadt-Ost; Nachschau: Do., 9. Juni 1949, 13.30 Uhr, Wohlgelesenschule. Fr., 3. Juni 1949, 13.30 Uhr, Innenstadt einschl. Neckarspitze; Nachschau: Fr., 10. Juni 1949, 13.30 Uhr, Sickingerschule (U-Schule). Sa., 4. Juni 1949, 13.30 Uhr, Neckarstadt-West; Nachschau: Di., 14. Juni 1949, 13.30 Uhr, Neckarschule. Do., 9. Juni 1949, 13.30 Uhr, Rheinau; Nachschau: Fr., 17. Juni 1949, 15.00 Uhr, Schule. Fr., 10. Juni 1949, 15.00 Uhr, Seckenheim; Nachschau: Fr., 17. Juni 1949, 15.00 Uhr, Schule. Mo., 13. Juni 1949, 15.00 Uhr, Feudenheim; Nachschau: Mo., 20. Juni 1949, 13.30 Uhr, Schule. Di., 14. Juni 1949, 15.00 Uhr, Schwetzingenstadt, Oststadt, Neustheim, Neuherrnheim; Nachschau: Di., 21. Juni 1949, 13.30 Uhr, Mädchenberufsschule. Fr., 17. Juni 1949, 14.00 Uhr, Wallstadt; Nachschau: Fr., 24. Juni 1949, 14.00 Uhr, Schule. Di., 21. Juni 1949, 13.30 Uhr, Käferthal; Nachschau: Di., 28. Juni 1949, 13.30 Uhr, Albrecht-Dürer-Schule. Do., 23. Juni 1949, 13.30 Uhr, Neckarau; Nachschau: Do., 30. Juni 1949, 13.30 Uhr, Wilhelm-Wundt-Schule. Do., 23. Juni 1949, 13.30 Uhr, Waldhof; Nachschau: Do., 30. Juni 1949, 13.30 Uhr, Waldhofschule. Fr., 24. Juni 1949, 10.00 Uhr, Friedrichsfeld; Nachschau: Fr., 1. Juli 1949, 10.00 Uhr, Schule. Mo., 27. Juni 1949, 13.30 Uhr, Schönausiedlung, Blumensau; Nachschau: Mo., 4. Juli 1949, 13.30 Uhr, Schönausiedlung. Mo., 27. Juni 1949, 14.00 Uhr, Sandhofen, Kirchgartshäuser Hof; Nachschau: Mo., 4. Juli 1949, 14.00 Uhr, Sandhofenschule (Bartholomäustr.). Di., 28. Juni 1949, 10.30 Uhr, Lindenhof; Nachschau: Di., 5. Juli 1949, 10.30 Uhr, Altersheim. Fr., 1. Juli 1949, 13.30 Uhr, Gartenstadt; Nachschau: Fr., 8. Juli 1949, 13.30 Uhr, Waldschule. Die Impfung ist Pflicht. Wer sich der Impfung entzieht, macht sich strafbar. Bei Krankheit ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen. Kinder aus Familien mit ansteckenden Krankheiten dürfen nicht erscheinen. Kinder über zwei Jahre können nicht geimpft werden. Mannheim, Mai 1949, Stadtverwaltung.

2500 Jahre Ladenburg - 1850 Jahre Stadt Ladenburg JUBILAUMS-AUSSTELLUNG LADENBURG 1949 für: Kultur - Industrie - Landwirtschaft-Handel-Handwerk u. Gewerbe 28. Mai bis 12. Juni 1949 Sonn- und Werktags geöffnet von 9-20 Uhr Dienstags und Freitags halbe Eintrittspreise

NATIONALTHEATER MANNHEIM

vom 29. Mai bis 7. Juni 1949. Sonntag, 29. Mai, nachmittags, freier Verkauf, Eintrittspreise: 1,- bis 4,- DM; Tanz-Nachmittag; Heidi Preher-Claussen tanzt neue eigene Tanzschufungen; Anfang 16 Uhr. Sonntag, 29. Mai, abends, freier Verkauf; Wiener Blut, Operette von Johann Strauß; Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr. Montag, 30. Mai, Platzsicherung Abt. L Nr. 14; Gastspiel Willy Birgel: Der Kaiser von Amerika, Komödie von G. B. Shaw; Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr. Dienstag, 31. Mai, Platzsicherung Abt. K, Nr. 14; Samson und Dalila, Oper von Camille Saint-Saëns; Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr. Mittwoch, 1. Juni, Platzsicherung Abt. B Nr. 14; Gastspiel Willy Birgel: Der Kaiser von Amerika; Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr. Donnerstag, 2. Juni, Platzsicherung, Abt. H Nr. 14; Gastspiel Willy Birgel: Der Kaiser von Amerika; Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr. Freitag, 3. Juni, Platzsicherung Abt. O Nr. 14; Gastspiel Willy Birgel: Der Kaiser von Amerika; Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr. Samstag, 4. Juni, freier Verkauf; Im weißen Rößl, Singspiel-Operette von Ralph Benatzky; Anfang 19 Uhr, Ende etwa 21.45 Uhr. Sonntag, 5. Juni - Pfingsten - freier Verkauf, normale Opernpreise; Tristan und Isolde, Musikdramä von Richard Wagner; Isolde: Glanka Zwingersberg a. G.; Anfang 17.30 Uhr, Ende etwa 22 Uhr. Montag, 6. Juni - Pfingstmontag, nachm., freier Verkauf; Im weißen Rößl, Singspiel-Operette von Ralph Benatzky; Anfang 14.30, Ende etwa 17.15 Uhr. Sonntag, 6. Juni - Pfingsten - abends, freier Verkauf; Im weißen Rößl, Singspiel-Operette von Ralph Benatzky; Anfang 19, Ende etwa 21.45 U. Dienstag, 7. Juni, Platzsicherung Abt. C Nr. 14; Gastspiel Willy Birgel: Der Kaiser von Amerika; Anfang 19.30, Ende etwa 22 Uhr.

Palast-Theater und Capitol-Film-Theater

11,6 (Breite Straße) MANNHEIM Am Meßplatz. Bis einschließlich Donnerstag in beiden Theatern: „ANNI“ mit Elise Mayerhofer, Siegfried Breuer. Beg. Palast 10.20; 13.00; 15.15; Beg. Capitol: 14.00, 16.30, 19.00, 17.35; 20.00; Vorverkauf: 10.30, 13.00, 15.15, 17.30, 19.00, 21.00, 23.00 Uhr. Telefon 446 25. Ab Freitag bis nächsten Donnerstag: Im Palast: Sybille Schmitz, Karl John in „Die letzte Nacht“; Im Capitol: Louis Joubert u. Lix Delamare in dem Abenteuerergrößim „Gebrandmarkt“; Der große Komiker George Formby in „Glück muß man haben“ in deutscher Sprache.

ALSTER-LICHTSPIELE DAS THEATER AN DEN PLANKEN

J. A. RANK zeigt: Glynis Johns - Griffith Jones - John Mc Callum in „MIRANDA“ Die amüsante Geschichte eines seltsamen Ferien-Abenteuers. Ein Filmmuspiel ganz eigener Art. Eine Sydney Box Produktion für Gainsborough in deutscher Sprache im Verleih der Eagle Lion. Täglich: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr. Kassenöffnung: werktags 13 Uhr, sonntags 12 Uhr.

Leser kauft bei unseren Inserenten! Lichtspielhaus Müller Mannheim - Mittelstraße 41 Donnerstag letzter Tag Der große Preis Ab Freitag Ein Sensationsfilm Feuer im Bazar Beginn: 16.00, 18.15, 20.30 Uhr Sonntags ab 14.00 Uhr

WEINHEIM Sommerschuhe in vielen Farben und Modellen von 14,50 DM an finden Sie bei Schuh-Schutz Porzellan Glas-Kristall und Hausrat jeder Art kauft man vorteilhaft im Spezialgeschäft Wiedertz WEINHEIM a. d. B.

billig billig billig ROH-MÖBEL Betten 28.- 42.- 58.- Nachtl. 23.- 38.- 46.- Kommoden 76.- 86.- 92.- Schränke einbügel 80.- 90.- zweibügel 128.- 148.- 165.- dreibügel 178.- 235.- 265.- Heinrich Baumann & Co. Qu 5, 4 Mannheim Qu 5, 4

Das Leben kommt Dir viel schöner vor, geh' tanzen ins Café „Karl Theodor“ O 6, 2 Tel. 43449 Täglich Tanz

Unsere Räume sind erweitert. Unsere Angebote in Herren-, Damen- u. Kinderkleidung, Stoffen, Wäsche u. Sofa usw. sind noch günstiger



Schuhmacher NECKARAU

Achtung! Gipserarbeiten werden sauber ausgeführt von Otto Siefert, Mannheim Langstr. 21a

Haupt-Annahmestelle Innenstadt: Neu eröffnet F 4, 11 (Nähe Marktplatz) Färberei Albert Brehm Chem. Reinigung F 4, 11 Neue Annahmestelle der Großwäscherei Gebhardt

Die schöne Tapete... Mannheimer Tapeten-Industrie

Eheleute Keine Frauensorgen mehr d. u. Welta - Dauer - Mutterschutz. Gratis-Prospekt gegen Früh-schlag. Pharmagent Hamburg 1, Postfach 708/2

Kleiderschrank echt eichen, dreitür., 1/2 für Wäsche, 2/3 f. Kleider 160 cm jetzt DM 320,- MEISEL MANNHEIM

Gasthaus Zur „Dorfschänke“ Bes.: Fritz Kraft Mannheim, O 4, 10 empfiehlt seine gepflegt. Weine, Biere, Spirituosen Erstklassige Küche Nebenzimmer für 50 Personen

HEIDELBERG

Wir bieten an: Socken, feingestrickt . . . 3,25 Herren-Sporthemden einfarbig 9,75 Herren-Oberhemden mit 2 Kragen, Bielefelder Fabrikat, uni, in allen Farben. 16,90 Herren-Sportschuhe in schwarz und braun 19,75 Herren-Anzüge Hauptpreislisten 125,- 98,- 89,- Sport-Sakkos 98,- 85,- 69,- Hosen für alle Zwecke auch Arbeitshosen 33,50, 25,- 19,20 Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

KÖSTER am Markt Das Kaufhaus für Kleidung und Heim

Seit 1842 Heinrich Krämer Dachdeckermeister Heidelberg Kaiserstr. 66 - Fernruf 3198

Elektro-Lösch Mannheim, D 4, 17, Tel. 51747 Licht Kraft Radio Neustallation elektr. Licht-, Kraft- und Radioanlagen. Reparaturen, Verkauf von Beleuchtungskörpern und elektr. Haushaltsartikeln

STUCKLY Mannheim G. H. S. Reparatur von Nähmaschinen jeden Fabrikats auch Industrie- u. Spezialmaschinen

Das preiswerte Schlafzimmer Schlafzimmer, echt Eiche, m. Einlegearbeiten, m. 3-teiligem Spiegel u. Glasplatten 750,- 1 Drahtmatratzen m. 16 Kegel - 18 Zugfedern, verkupfert & 27-50 55,- 2 Matratzenschoner, Oberseite Körper & 19,95 39,90 2 Garnituren Einlege-matratzen, Werkstat-terarbeitg. & 139,- 278,- 2 Steppdecken Oberseite gem. Damassé & 64,40 128,80 Gesamtpreis 1251,70

KAUFHAUS VETTER MANNHEIM